

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur

Research Report

Konjunktur in der Grauzone: IW-Konjunkturprognose Winter 2022

IW-Report, No. 67/2022

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur (2022) : Konjunktur in der Grauzone: IW-Konjunkturprognose Winter 2022, IW-Report, No. 67/2022, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/267682>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur in der Grauzone

IW-Konjunkturprognose Winter 2022

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur*

Köln, 14.12.2022

IW-Report 67/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/iw_koeln)

Ansprechpartner

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter des Kooperationsclusters
Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

***Autoren**

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Dr. Markus Demary

Prof. Dr. Michael Grömling

Prof. Dr. Michael Hüther

Dr. Björn Kauder

Dr. Thomas Obst

Dr. Jochen Pimpertz

Thomas Puls

Dr. Thilo Schaefer

Holger Schäfer

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Abstract.....	5
1 Licht und Schatten	6
2 Hohe Unsicherheit bei Energie, Preisen und Finanzmärkten	12
3 Rückgang im Seehandel signalisiert Konjunkturabkühlung	15
4 Eine schwache Weltkonjunktur	18
5 Breite Schwäche der Inlandskonjunktur.....	23
6 Arbeitsmarkt bleibt stabil.....	28
7 Steigende Finanzierungslasten für Sozialversicherungen	30
8 Große und dringende Aufgaben für die Wirtschaftspolitik.....	32
Anhang	35
Literaturverzeichnis	36
Tabellenverzeichnis.....	39
Abbildungsverzeichnis.....	39

JEL-Klassifikation

E2 – Konsum, Sparen, Produktion, Investition, Arbeitsmarkt und der informelle Sektor

E3 – Preise, Konjunkturschwankungen und -zyklen

E5 – Geldpolitik, Zentralbank, Geld- und Kreditangebot

E6 – Wirtschaftspolitik, makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen und allgemeine Perspektive

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Finanzmärkte

Zusammenfassung

Die Aussichten für die Weltkonjunktur haben sich aufgrund der geopolitischen Lage, der weltweiten Energie- und Rohstoffprobleme und der dadurch hohen Inflation deutlich eingetrübt. Eine nachlassende Konjunktur in China und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sorgt für eine Verlangsamung der globalen Dynamik. Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2023 nur noch um 2 Prozent zulegen. Mit Blick auf Deutschland erscheinen in letzter Zeit wichtige Belastungsfaktoren weniger gravierend. Die Gefahr einer Gasmangellage im Winterhalbjahr 2022/2023 hat sich vermindert – auszuschließen sind Produktionsstörungen jedoch nicht. Das gilt umso mehr für den darauffolgenden Winter. Die Preise für Energie haben sich seit ihren Rekordständen vom Sommer 2022 zurückgebildet – sie bleiben aber auf hohem Niveau. Das gilt auch für Materialengpässe in der Industrie und Bauwirtschaft. Die bisherigen Lohnabschlüsse wirken der Gefahr einer Preis-Lohn-Preis-Spirale entgegen. Zudem werden von staatlicher Seite gewaltige Volumina bewegt, um die Auswirkungen der Energiepreiskrise vor allem auf der Ebene der privaten Haushalte abzumildern. Befragungen von Unternehmen und Konsumenten weisen jedoch auf eine merkliche Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023 hin. Der deutschen Wirtschaft steht im Gesamtjahr 2023 kein Konjunkturreinbruch – vergleichbar mit jenen Abstürzen in der Finanzmarktkrise oder der Corona-Krise – bevor. Die Kostenschocks und eine Inflationsrate von knapp 7 Prozent setzen aber dem privaten Konsum deutlich zu. Die Investitionen gehen insgesamt zurück – den stark nachlassenden Bauinvestitionen stehen nur leicht zunehmende Ausrüstungsinvestitionen gegenüber. Der Außenhandel hält sich im Positiven, er leidet gleichwohl unter der abgekühlten Weltwirtschaft. Nur bei einer für das zweite Halbjahr 2023 erwarteten Erholung wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2023 das Vorjahresniveau um $\frac{3}{4}$ Prozent unterschreiten. Es wird sich erst im Jahresverlauf 2023 erweisen, wie stark mögliche Beeinträchtigungen im Winterhalbjahr 2023/2024 ausfallen. Dies hängt davon ab, wie umfangreich die Gas- und Energieversorgung im kommenden Jahr für den nächsten Winter aufgebaut und abgesichert werden kann. Die Auswirkungen der Energiekrise werden auch am deutschen Arbeitsmarkt sichtbar. Das Wachstum der Erwerbstätigkeit bremst im Jahr 2023 merklich ab. Die Arbeitslosigkeit steigt indes nur leicht. Trotz der hohen Transferleistungen bleibt die Staatsschuldenquote im Jahr 2023 leicht unter 70 Prozent des BIP.

Abstract

The Business Cycle in the Grey Zone – The IW Economic Forecast Winter 2022

The geopolitical situation, the global energy and commodity bottlenecks and the resulting high inflation have considerably dimmed the economic outlook across the world. A slowdown in China and in the advanced economies is hampering global growth, with the world economy set to expand by only 2 per cent in 2023. In Germany, on the other hand, key stress factors have recently appeared less severe. The danger of a gas shortage in the winter of 2022/2023 has receded, but the risk of disruption to production remains and is likely to be even more pronounced in the winter of 2023/2024. Energy prices have dipped back below their record levels of summer 2022, but remain high, a trend that applies equally to materials bottlenecks in manufacturing and construction. On the positive side, the wage agreements reached so far this year will serve to defuse the danger of a price-wage-price spiral. Moreover, the government is doling out massive amounts to mitigate the effects of the energy price crisis, especially for private households. None the less, company and consumer surveys point to a noticeable recession in the last quarter of this year and the first of 2023. For 2023 as a whole, the German economy is likely to be spared an economic slump comparable to the crashes of the 2008/2009 financial crisis and the Covid19 pandemic. Still, the cost shocks and an inflation rate of just under 7 per cent are clearly putting pressure on private consumption. Investment is declining overall, with the steep drop in construction investment countered by only a slight increase in investment in machinery and equipment. Foreign trade remains positive, but is suffering from a cooling global economy. Thus only if the recovery expected for the second half of 2023 materialises will the year-on-year drop in average real gross domestic product for 2023 stay below $\frac{3}{4}$ per cent. How severely the economy is likely to be hampered next winter depends on how successfully gas and energy supplies can be built up and secured in advance and thus will only become clear in the course of 2023. The effects of the energy crisis are making themselves felt in the German labour market and employment growth will slow perceptibly in 2023, though the rise in unemployment will be minimal. Despite the high government transfers, in 2023 public debt will stay just under 70 per cent of GDP.

1 Licht und Schatten

Die globale wirtschaftliche Entwicklung geht aufgrund der noch nicht überwundenen Corona-Krise, aber vor allem infolge der politischen und ökonomischen Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine mit hohen Ungewissheiten einher. Das gilt im übertragenen Sinn für die Konjunkturprognosen. In letzter Zeit ist bei den Prognosen für die deutsche Wirtschaft zum einen eine Aufhellung zu beobachten. Zum anderen besteht zwischen den einzelnen Konjunkturanalysen eine spannende Differenz: Während ein Teil der Prognosen eine nahezu stabile Gangart über die nächsten Quartale erwartet, weisen andere auf eine zunächst deutlich spürbare Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023 hin. Konjunktur und Konjunkturprognosen bewegen sich in einer von hohen Unsicherheiten geprägten Grauzone.

Für die zuletzt zu beobachtende Aufhellung der Konjunkturperspektiven für die deutsche Volkswirtschaft können eine Reihe von Argumenten angeführt werden:

1. Die **Gefahr einer ernststen Gasmangellage** in Deutschland ist in den letzten Monaten zurückgegangen. Anfang Dezember 2022 waren die Gasspeicher in Deutschland mit 97 Prozent nahezu vollständig gefüllt. Für die gesamte EU belief sich der Füllstand auf gut 90 Prozent. Dazu haben allerdings bis in den Spätsommer hinein noch Gaslieferungen aus Russland beigetragen, die jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen. Zudem konnten in relativ kurzer Zeit Substitutionsmöglichkeiten bei der Energieversorgung (z. B. mit Flüssiggas) entwickelt und realisiert werden, der Spätherbst war relativ mild und dies hat in Kombination mit Einsparungen den Gasverbrauch gesenkt. Ein Teil der bisherigen Einsparungen in der Industrie war gleichwohl auch Folge von bereits erfolgten (preisbedingten) Produktionseinschränkungen. Es hängt nun von den Temperaturen und dem Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte ab, ob und inwieweit Versorgungsprobleme mit Energie im Winterhalbjahr 2022/2023 eintreten werden. Insgesamt hat sich die Gefahr von Produktionsunterbrechungen in der Industrie in diesem Winter – mit all den damit verbundenen Netzwerkeffekten – nach zwischenzeitlich anwachsenden Sorgen reduziert (KfW Research, 2022).
2. Vor diesem Hintergrund haben sich die **Preise für Rohöl und Gas** von den zwischenzeitlichen Höchstständen zurückgebildet. Sie lagen Anfang Dezember 2022 zwar immer noch erheblich über dem Niveau von vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine, aber auch deutlich unter jenem Stand vom Sommer 2022. Das sorgt bereits im dritten und im vierten Quartal 2022 für eine teilweise Kostenentlastung bei den Unternehmen und bei einem Teil der Energiekosten der privaten Haushalte (vor allem im Straßenverkehr). Hinzu kommen noch die zeitlichen Verschiebungseffekte durch die verzögerten Tarifanpassungen bei der Energie. Demzufolge sind ebenfalls die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte im Oktober 2022 erstmals seit Mitte 2020 wieder gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Sie liegen gleichwohl noch um fast 35 Prozent über dem Vorjahresniveau. Diese Größenordnung gilt in etwa auch für den Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 2022. Zur Einordnung: Der bisher höchste Anstieg bei den Erzeugerpreisen (auf Jahresbasis) in den letzten sechs Dekaden war im Jahr 1974 mit 13,5 Prozent zu verzeichnen.
3. Die **Corona-Infektionen** bleiben eine gesellschaftliche und ökonomische Herausforderung. Das konnte exemplarisch im Jahresverlauf 2022 mehrmals in China gesehen werden. Immer wieder schränken aufflammende Infektionsherde das soziale und wirtschaftliche Miteinander ein, was auch an der jeweiligen Epidemie-Politik liegt. Zudem führen hierzulande krankheitsbedingte Personalengpässe zu Produktionsstörungen – augenfällig im Infrastruktur- und Gesundheitssektor. Allerdings haben sich die immensen **Materialengpässe** in der deutschen Industrie – als Folge der weltweit gestörten Produktions- und Logistikprozesse aufgrund der Pandemie – in den letzten Monaten merklich zurückgebildet (ifo Institut, 2022). Zwar werden nach wie vor in Teilen der Industrie historische Höchstwerte für Materialprobleme

gemeldet, diese fallen allerdings deutlich niedriger aus als im ersten Halbjahr 2022: Während in diesem Zeitraum rund drei Viertel der Industrieunternehmen von Materialengpässen sprachen, waren es zuletzt rund 60 Prozent. Auch in den Industriezweigen mit hohen Produktionsproblemen – wie Automobilindustrie, Elektroindustrie und Maschinenbau – hat sich die Materiallage verbessert. Abbildung 1-1 zeigt in diesem Kontext die Daten des von der Federal Reserve Bank of New York ermittelten Supply Chain Pressure Index. Demnach haben sich die globalen Lieferkettenstörungen seit dem Frühjahr 2022 deutlich entspannt. Der leichte Anstieg am aktuellen Rand reflektiert Lieferverzögerungen bezüglich Taiwan und des Vereinigten Königreichs. Des Weiteren weist die Entwicklung der Frachtraten für die globale Containerschifffahrt (s. dazu Abbildung 3-1) auf eine nachlassende Anspannung in den globalen Produktions- und Logistiksystemen hin.

Abbildung 1-1: Entspannung bei globalen Lieferketten

Werte des Global Supply Chain Pressure Index



Quellen: Federal Reserve Bank New York; Institut der deutschen Wirtschaft

- Für weite Teile der deutschen Industrie liegen bereits **Lohnabschlüsse** vor, die zum Teil über einen längeren Zeitraum laufen. Damit besteht sowohl für die entsprechenden Unternehmen als auch für die jeweiligen Arbeitnehmer eine gewisse Planungssicherheit hinsichtlich der Lohnkosten und der Entwicklung der Lohneinkommen. Es ist aber auch zu beobachten, dass die Abschlüsse im Jahresverlauf 2022 Schritt für Schritt höher ausfielen. Die Produktionskosten der Unternehmen steigen durch diese Abschlüsse (ebenfalls durch die jüngst vereinbarten steuer- und sozialabgabefreien Einmalzahlungen) beträchtlich, die zeitlichen Komponenten bei den prozentualen Tariflohnanpassungen (sogenannte Nullmonate) wirken den Gefahren einer Preis-Lohn-Preis-Spirale jedoch entgegen. Mit den gefundenen Kompromissen werden jedenfalls Produktionsstörungen im anstehenden Winterhalbjahr infolge von Streiks vermieden. Die seit Jahresmitte 2021 insgesamt zu verzeichnende **Abwertung des Euro** – vor allem gegenüber dem US-Dollar – wirkt einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass für eine Reihe von Unternehmen durch die multiplen Kostenanstiege die

Liquiditätssicherung eine zentrale Herausforderung darstellt und letztlich auch zulasten der aktuellen Investitionstätigkeit gehen kann.

5. Von staatlicher Seite werden gewaltige Volumina bewegt, um die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine abzumildern. Dabei zielen die **wirtschaftspolitischen Maßnahmen** zum einen auf eine Sicherstellung der Energieversorgung infolge der ausgefallenen Zulieferungen aus Russland ab. Dazu zählt etwa der Bau von LNG-Terminals. Zum anderen wird versucht, den mit den enormen Energiepreisanstiegen einhergehenden Belastungen für die privaten Haushalte und Unternehmen zu begegnen. Den größten Umfang hat die Gas- und Strompreisbremse. Den Unternehmen stehen etwa KfW-Kreditprogramme zur Verfügung. Mit einer Reihe von Maßnahmen (z. B. Energiepreispauschale für Erwerbstätige, Rentner, Studierende, Kinderbonus, Wohngelderhöhung, Einmalzahlungen für Transferempfänger, Tankrabatt, Neun-Euro-Ticket, Anpassungen der Entfernungspauschale, Aussetzung der EEG-Umlage sowie die Energiesubventionen für Endverbraucher, also die Strom- und Gaspreisbremse) wurde bereits im Jahresverlauf 2022 dazu beigetragen, die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte durch steuerpolitische Mittel und Transferzahlungen zu vermindern. Vor allem bei den Beziehern von niedrigen Einkommen sollen dadurch existenzielle Härten verhindert werden. Dies wiederum wirkt über die Einkommens- und Kaufkrafteffekte sowie die verminderte Verunsicherung stabilisierend auf den privaten Konsum.

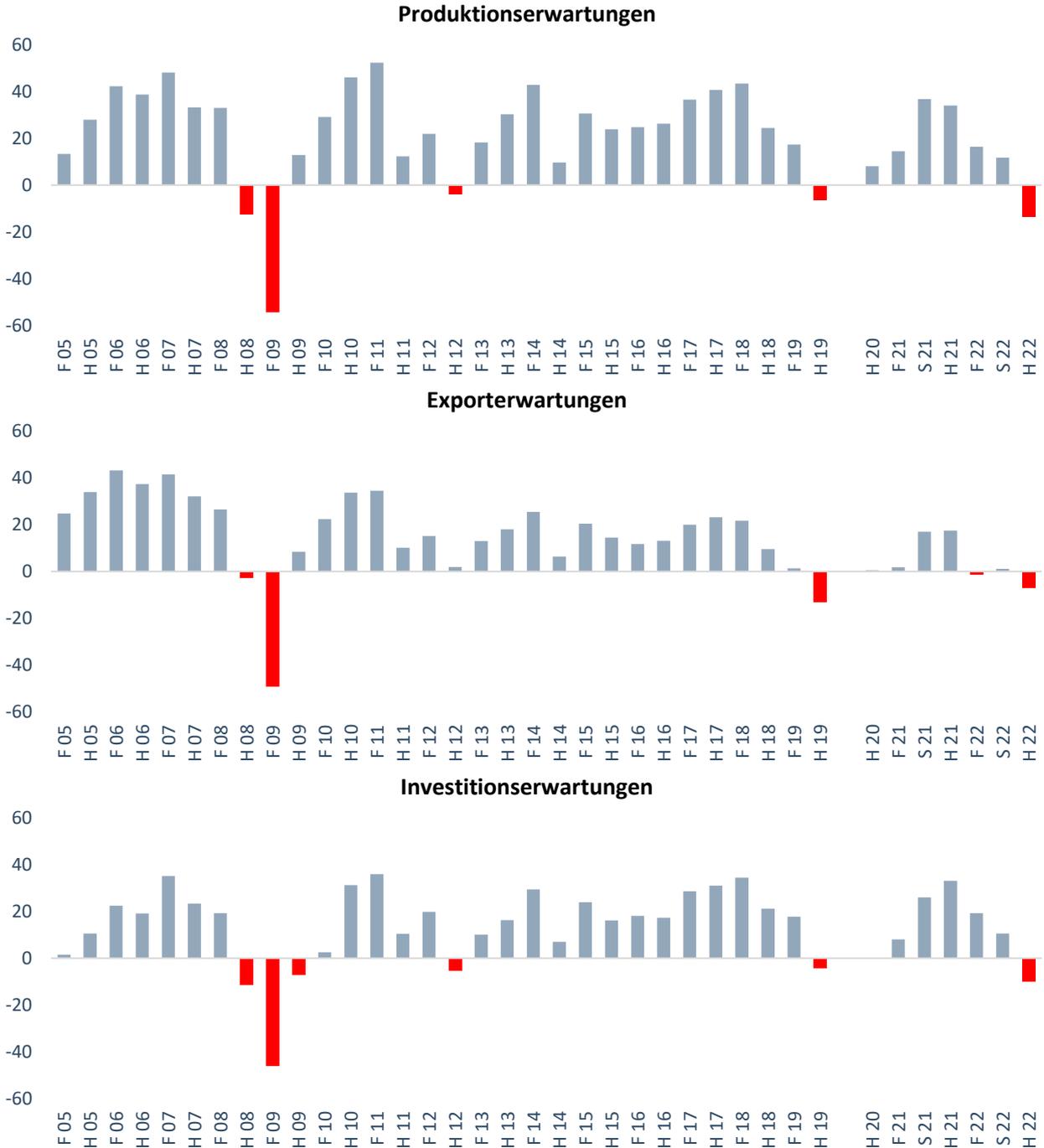
Insgesamt kontern die aufgezeigten Argumente derzeit die direkten negativen Angebots- und Nachfrageschocks, die vor allem aufgrund der geopolitischen Lage entstanden sind oder bereits vorher schon aufgrund der Pandemie bestanden. Gleichwohl gibt es eine Reihe von unverkennbaren Signalen, die auf eine stärkere konjunkturelle Belastung in Deutschland im Jahr 2023 hindeuten:

1. Die **Perspektiven für die Weltkonjunktur** haben sich im Jahresverlauf 2022 deutlich verschlechtert. Auch hier besteht hohe Unsicherheit unter den Konjunkturforschern: Gemäß Consensus Forecasts wurden die Prognosen für die Weltwirtschaft im Jahr 2023 seit Jahresanfang 2022 von 3,2 Prozent auf nur noch 1,5 Prozent im Dezember halbiert. Die globale Abkühlung ist mittlerweile auch in den Auftragseingängen der deutschen Industrie zu spüren. Trotz des Anstiegs im Oktober ist seit Jahresanfang 2022 bei den Auslandsbestellungen ein deutlicher Rückgang zu sehen und dies drückt auf die **Exportperspektiven** der deutschen Wirtschaft (Abbildung 1-2): Gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2022 gingen im November 2022 knapp 26 Prozent der insgesamt 2.550 teilnehmenden Unternehmen von einem Exportrückgang und 19 Prozent von einem Zuwachs aus. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen ist damit im negativen Bereich und signalisiert zumindest eine schwache Entwicklung beim Außenhandel.
2. Einen insgesamt angespannten Wirtschaftsausblick signalisiert eine Reihe von **Unternehmensbefragungen**. Die monatlichen Befragungen von Einkaufsmanagern in Deutschland (BME, 2022) weisen seit Jahresmitte 2022 Werte auf, die trotz leichter Aufhellung am aktuellen Rand deutlich im Rezessionsbereich liegen. Gleiches gilt für das ifo-Geschäftsklima: Ungeachtet der Verbesserung im November 2022 war der Saldo aus positiven und negativen Geschäftserwartungen mit gut 11 Prozentpunkten deutlich im Minus. Dabei wird bei der Lagebewertung ein Positivsaldo von 12 Prozentpunkten, bei den Erwartungen für das kommende halbe Jahr beläuft sich der Saldo jedoch auf minus 32 Prozentpunkte. Abbildung 1-2 liefert die **Produktionserwartungen** der Unternehmen in Deutschland gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom Spätherbst 2022. Im Befragungsmonat November 2022 ging gut ein Viertel der Unternehmen von einer höheren Produktion im Jahr 2023 (im Vergleich mit dem Vorjahr) aus. Dem stehen jedoch knapp 40 Prozent an Firmen gegenüber, die im kommenden Jahr ihr Vorjahresniveau voraussichtlich unterschreiten werden. Die restlichen 35 Prozent erwarten eine Stagnation ihrer Geschäfte. Abbildung 1-2 ordnet den aktuellen Befund in die Konjunkturzyklen seit dem Jahr 2005 ein. Für das Frühjahr 2020 liegen keine

aussagekräftigen Werte vor. Insgesamt lassen diese Ergebnisse – nach gegenwärtigem Informationsstand der Unternehmen – auf eine merklich nachlassende Produktionstätigkeit in den nächsten Monaten und im Jahr 2023 schließen.

Abbildung 1-2: Erwartungen deutscher Unternehmen

Saldo zwischen positiven und negativen Erwartungen in Prozentpunkten



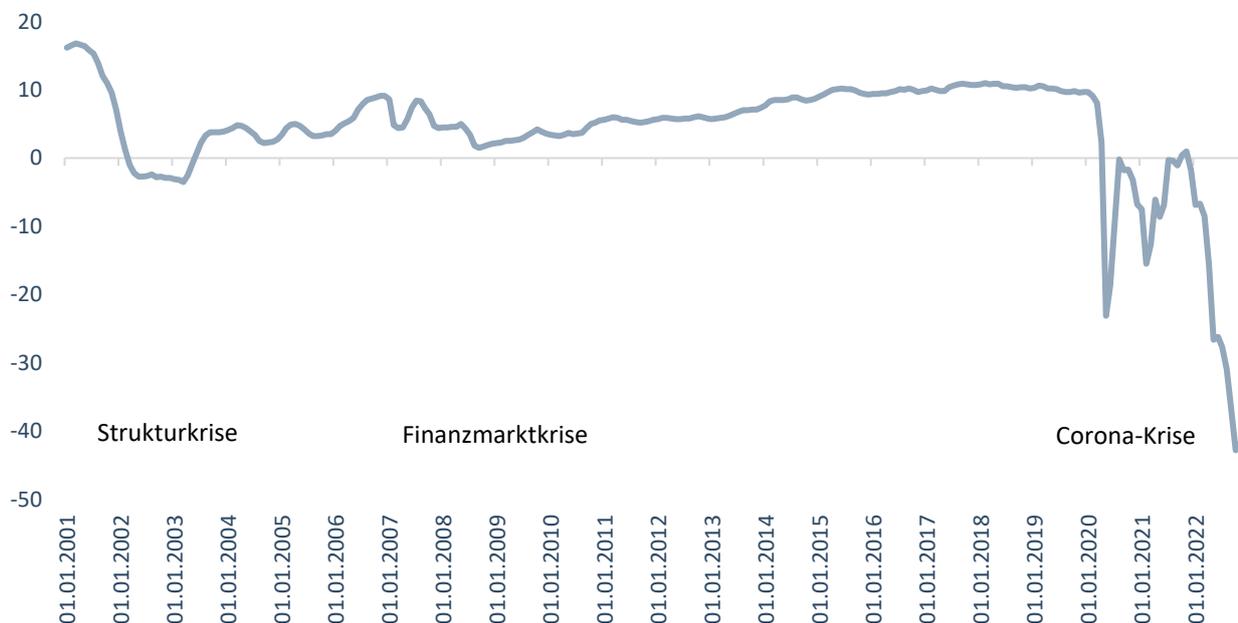
Gewichtete Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage. Frühjahrsumfrage (F) und Sommerumfrage (S): Erwartungen für das laufende Jahr; Herbstumfrage (H): Erwartungen für das kommende Jahr. Für Frühjahr 2020 liegen keine vergleichbaren Ergebnisse vor. Frühjahr 2022: Gesamtergebnis für die drei Befragungsabschnitte.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

3. Im dritten Quartal 2022 konnten die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** in Deutschland in saison-, arbeitstäglich und preisbereinigter Rechnung um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen. Das hat zunächst angesichts der bereits hohen Inflationsraten von durchschnittlich 8,5 Prozent in jenem Vierteljahr überrascht. Starke positive Impulse kamen dabei aus dem Bereich Hotel und Gaststätten, was wohl auch auf nachgeholte Urlaubsfreuden nach zwei Jahren pandemiebedingter Einschränkungen zurückzuführen sein dürfte. Dies kann als Sondereffekt interpretiert werden, zumal der Gesamtheit der Konsumenten hohe Sparpolster in einer Größenordnung von 200 Milliarden Euro zur Verfügung standen, die aufgrund der Corona-Lockdowns gebildet wurden. Dagegen waren über die letzten zwei Quartale bereits deutliche Rückgänge in den Bereichen Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände und bei Übrigen Verwendungszwecken (z. B. Gesundheitspflege, Bildungswesen, persönliche Gebrauchsgegenstände, soziale Dienste, Bank- und Versicherungsleistungen) zu verzeichnen. Der Konsum im Bereich Freizeit/Unterhaltung/Kultur stagnierte zuletzt nach dem starken Zuwachs im zweiten Quartal. Die insgesamt positive Konsumdynamik überrascht vor dem Hintergrund der starken Einbrüche beim **Konsumklima**. Abbildung 1-3 zeigt die Werte des GfK-Konsumklimaindexes und ordnet die aktuelle Lage in den Kontext der letzten drei großen Konjunkturkrisen (Strukturkrise 2001/2004, Finanzmarktkrise 2008/2009 und Corona-Krise 2020/2021) ein. Trotz des zuletzt gestoppten Einbruchs markiert die Konsumstimmung in Deutschland einen historischen Tiefpunkt, der für sich genommen auf schlechte Konsumperspektiven im Winterhalbjahr 2022/2023 hindeutet.

Abbildung 1-3: Konsumklima in Deutschland

Werte des GfK-Konsumklimaindexes



Quellen: GfK; Institut der deutschen Wirtschaft

4. Infolge der **geldpolitischen Straffung** wegen der hohen Inflationsraten sind die nominalen Zinsen im Jahresverlauf 2022 deutlich angestiegen. Jeweils gegenüber der Zinslage vor Beginn der russischen Invasion in der Ukraine legten die Leitzinsen der Notenbanken im Euroraum um 2 Prozentpunkte zu, im Vereinigten Königreich um 2,5 Prozentpunkte und in den USA waren es sogar 3,75 Prozentpunkte. Damit stiegen auch die für Investitionen und Konsum relevanten Kreditzinsen und Finanzierungskosten deutlich an.

Freilich liegen die Realzinsen angesichts der hohen Inflationsraten derzeit im negativen Bereich. Entscheidend für die individuellen Investitions- und Konsumentscheidungen ist es letztlich, ob die (erwarteten) Einnahmen oder Einkommen, aus denen die höheren nominalen Finanzierungskosten eines Kredits entrichtet werden müssen, im gleichen Ausmaß ansteigen. Jedenfalls gehen die höheren Fremdfinanzierungskosten (in Kombination mit höheren Baukosten und eingetrübten Einkommensperspektiven) bereits mit einer merklich schwächeren Nachfrage nach Bauinvestitionen in Deutschland einher. Ebenso verteuern sich die kurzfristigen Finanzierungsmöglichkeiten von Firmen, was letztlich höhere Risiken für deren Liquidität mit sich bringen kann. Zum einen ist die Finanzlage im Unternehmenssektor auch für die Stabilität der internationalen Finanzmärkte von Bedeutung. Zum anderen dürften sich höhere Finanzierungskosten und Unsicherheiten hinsichtlich der Liquidität dämpfend auf die Investitionstätigkeit auswirken. Jedenfalls signalisieren die Ergebnisse der aktuellen IW-Konjunkturumfrage eine Verschlechterung der **Investitionsneigung** in Deutschland (s. Abbildung 1-2): Während knapp 25 Prozent der befragten Firmen mit höheren Investitionen im Jahr 2023 planen, gehen fast 35 Prozent von einem niedrigeren Investitionsbudget aus. Die verbleibenden gut 40 Prozent erwarten zumindest stabile Investitionen im kommenden Jahr.

5. Nicht zuletzt werden die wirtschaftlichen Perspektiven unvermindert vom weltpolitischen Status quo und den damit verbundenen **geopolitischen Gefahren** maßgeblich bestimmt. Ein Ende der russischen Invasion in der Ukraine ist derzeit nicht absehbar – und kann im Rahmen einer Konjunkturprognose nicht eingeschätzt werden. Das gilt sowohl für eine Ausweitung des bestehenden Konflikts – etwa durch Terroranschläge oder Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen in weiteren Ländern – als auch für zusätzliche Konflikte, die im Kontext der gegenwärtigen weltpolitischen Anspannungen als möglich erscheinen können. Damit bleiben insgesamt gesehen die globalen Produktions- und Zuliefernetzwerke anfällig für Störungen. Das gilt nicht nur für den anstehenden Winter 2022/2023. Bei einem schwachen Füllstand der Gasspeicher im Frühjahr 2023 und komplett ausbleibenden Zulieferungen aus Russland, die nicht durch die zusätzlichen LNG-Importe kompensiert werden können, sind die Risiken für die Energieversorgung mit all den Implikationen für die gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Geschäftsabläufe im Winterhalbjahr 2023/2024 möglicherweise höher einzuschätzen als in diesem Winter. Die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie haben klar vor Augen geführt, dass ein Restart von gestörten Produktionsprozessen – sei es durch nicht funktionierende Logistiksysteme oder eine eingeschränkte Energieversorgung – Zeit in Anspruch nimmt und mit erheblichen Kosten einhergehen kann.

Dieses aufgezeigte Spannungsfeld von positiven Entwicklungen und Signalen am aktuellen Rand einerseits und einem von hohen Risiken und Unwägbarkeiten geprägten makroökonomischen Umfeld andererseits, geht offensichtlich mit einem häufigeren und eventuell auch höherem Anpassungsbedarf beim Ausloten der Konjunkturperspektiven einher. Im Wesentlichen zeigen sich unterschiedliche Einschätzungen zur unmittelbar anstehenden wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zumindest an den folgenden beiden Dreh- und Angelpunkten:

1. Wie stark wird die **Konsumtätigkeit** der privaten Haushalte in Deutschland im Winterhalbjahr 2022/2023 und im weiteren Jahresverlauf infolge der hohen **Inflationsraten** beeinträchtigt?
2. Ob und wie stark werden **gesamtwirtschaftliche Produktionsausfälle** aufgrund gestörter Materialzulieferungen und möglicher Energieengpässe im Jahresverlauf 2023 auftreten?

2 Hohe Unsicherheit bei Energie, Preisen und Finanzmärkten

Die hohen Energiekosten treiben die Inflation. Die von der Bundesregierung geplanten Energiepreisbremsen werden die Energiepreise in Deutschland nicht wieder auf das Vorkrisenniveau senken können. Die Unsicherheit über die Verfügbarkeit von Gas bleibt zudem weiterhin groß, besonders im Hinblick auf den Winter 2023/2024. Während die US-amerikanische Notenbank durch eine restriktive Geldpolitik einen überhitzten Arbeitsmarkt abkühlt, erschweren die angebotsseitigen Effekte und die importierte Inflation der Europäischen Zentralbank, mit ihrer Geldpolitik dem Inflationsprozess den Schwung zu nehmen.

Die bislang milden Temperaturen machen Hoffnung für diesen Winter. Die Gasspeicher in Deutschland sind zum Jahresende 2022 nahezu gefüllt und die Fertigstellung der Anbindung von schwimmenden Flüssiggas-terminals kommt hierzulande gut voran. Die deutsche Industrie verbrauchte in den letzten Monaten, auch wegen Produktionseinschränkungen, bereits mehr als 20 Prozent weniger als im Durchschnitt der Vorjahre. Zudem fällt die Weiterleitung von nach Deutschland geliefertem Gas in die Nachbarländer angesichts des bislang geringen Heizbedarfs geringer aus. Die Bundesnetzagentur (2022) ist deshalb zuversichtlicher als noch im Sommer, dass eine Gasmangellage im Winter 2022/2023 in Deutschland vermieden werden kann. Diese droht nur noch in einem von vier möglichen Szenarien, in denen der Winter in den kommenden Monaten doch noch besonders hart ausfällt und den Heizbedarf in die Höhe treibt. In zwei weiteren Szenarien werden die Speicherstände zum Ende der aktuellen Heizperiode nicht ausreichen, sodass bis zum darauffolgenden Winter nicht wieder Füllstände wie in den vergangenen Jahren erreicht werden können. Im Verlauf des Jahres 2022 stand für die Befüllung der Speicher noch russisches Pipelinegas zur Verfügung, was durch die neuen LNG-Kapazitäten im Jahr 2023 nur zu einem Teil kompensiert werden kann. Demnach bleibt die Unsicherheit mit Blick auf den Winter 2023/2024 groß und dies kann die Investitionsplanungen gerade energieintensiver Unternehmen beeinträchtigen.

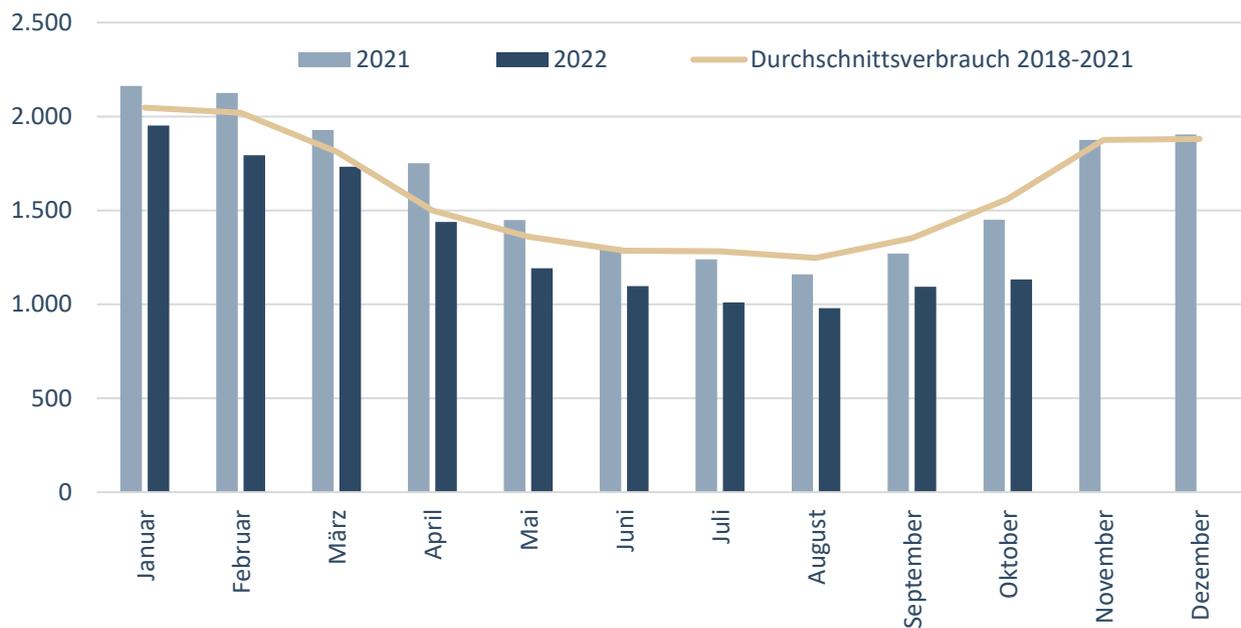
Dass der Gasverbrauch der deutschen Industrie in den letzten Monaten bereits rückläufig war (Abbildung 2-1), ist nur zum Teil auf Energieträgerwechsel oder eine Steigerung der Energieeffizienz zurückzuführen. Besonders energieintensive Unternehmen, beispielsweise in der Metallerzeugung oder Chemieindustrie, mussten aufgrund der hohen Energiepreise bereits ihre Produktion zurückfahren, weil sie im Wettbewerb mit ihren internationalen Konkurrenten ihre hohen Kosten nicht weitergeben und damit nicht mehr profitabel produzieren können. Ammoniak, das auf Basis von Erdgas hergestellt wird, musste aufgrund der hohen Gaspreise bereits in höherem Ausmaß importiert werden. Da in der Ammoniak-Produktion CO₂ als Nebenprodukt anfällt, fehlt dies nun als wichtiger Rohstoff für die Lebensmittelindustrie und als unerlässlicher Ausgangspunkt für Folgeprodukte wie AdBlue. Würde Ammoniak vermehrt importiert werden, müssten auch die Koppelprodukte eingeführt werden, beide sind jetzt schon knapp. Dieses Beispiel zeigt die enge Verflechtung der deutschen Industrie, die in makroökonomischen Modellen nicht adäquat abgebildet werden kann. Der drohende Schaden für die deutschen Industriestandorte ist auch deshalb so bedeutsam, weil sich veränderte Lieferketten häufig als beständig erweisen. Fallen deutsche Grundstoffproduzenten aus, dann hat dies andauernde Folgen für den Industriestandort und die Wirtschaftsstruktur.

Mit der Gas- und Strompreisbremse versucht die Bundesregierung, die Auswirkungen der hohen Preise abzumildern. Dazu hat sie Preise festgesetzt, die sich an den anhand von Future-Preisen zu erwartenden zukünftigen Preisniveaus für Gas und Strom orientieren. Die Differenz zum aktuell gültigen Preis erstattet der Staat den Großkunden zu 70 Prozent, kleinen Unternehmen und privaten Haushalten zu 80 Prozent bezogen auf den Vorjahresverbrauch. Dadurch bleibt der hohe Arbeitspreis für die einzelne Kilowattstunde und damit

der Einsparanreiz erhalten. Allerdings liegt das Niveau der gebremsten Preise deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre, sodass es besonders für energieintensive Unternehmen, die sich starker internationaler Konkurrenz ausgesetzt sehen, schwierig werden könnte, die Produktionsstandorte in Deutschland aufrechtzuerhalten. Da von Produktionsschließungen auch die Lieferanten und Kunden betroffen sind, drohen deutliche Anpassungen in den Lieferketten. Die Auswirkungen der hohen Energiepreise machen sich demnach mittelbar auch in zahlreichen anderen Vor- und Endprodukten bemerkbar.

Abbildung 2-1: Gasverbrauch der deutschen Industrie

Angaben in GWh/Tag, monatlicher Durchschnittsverbrauch der leistungsgemessenen Gaskunden



Quellen: Bundesnetzagentur; Trading Hub Europe; Institut der deutschen Wirtschaft

Schon zu Beginn des Jahres 2022 zeigte sich, dass die Inflationsursachen in Europa und den USA unterschiedlicher Natur sind. So wurden die Inflationsraten in den USA vor allem durch die Nachfragestimulation der Konjunkturprogramme getrieben. Hinzu kam eine Frühverrentungswelle während der Pandemie, die zu Knappheiten am Arbeitsmarkt geführt hat (Fry, 2021). Folglich entwickelte sich in den USA eine Preis-Lohn-Spirale mit deutlichen Lohnsteigerungen. Die US-Notenbank begann zwar früh, die Geldpolitik zu straffen, sie lief aber der Preisentwicklung hinterher. Mittlerweile scheint die Geldpolitik die Nachfrage gezügelt zu haben, sodass der Höhepunkt der Inflation in den USA erreicht zu sein scheint. Währenddessen zeigte sich ebenfalls zu Beginn des Jahres 2022, dass die Inflation im Euroraum vor allem durch hohe Energiepreise getrieben wird. Die Börsenpreise an den Terminmärkten sind aber nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine gestiegen, sondern bereits mit Beginn der Pandemie (Demary et al., 2021). So hat die durch Pandemie und Lockdowns zeitweise zurückgegangene Nachfrage den tatsächlichen Inflationsanstieg maskiert, sodass die Europäische Zentralbank (EZB) die eigentlichen Inflationsursachen offenbar zu spät erkannte. Auch wenn sie nun mit recht starken Zinsanstiegen versucht, sich gegen die Inflation zu stemmen, ist die Geldpolitik immer noch zu expansiv ausgerichtet. Gemessen an der Taylor-Regel (Taylor, 1993) sollte der Leitzins im Euroraum derzeit in der Nähe von 9 Prozent liegen. Auch wenn man die strukturellen Parameter der Taylor-Regel, wie den gleichgewichtigen Realzins, hinterfragen kann, so zeigt sich doch, dass die Geldpolitik der EZB in Zeiten der historisch hohen Inflation bislang lediglich ihren Expansionsgrad zurückgefahren hat.

Als Reaktion auf die gestiegenen Preise können die Haushalte allerdings ihre mengenmäßige Nachfrage nur in einem geringen Umfang zurückfahren, da die Inflationstreiber im Bereich der lebensnotwendigen Güter liegen. Dies sind vor allem die Preise für Lebensmittel und Getränke, die Heizkosten und die Mobilitätskosten. Hierbei handelt es sich zudem nicht um den zinsensitiven Bereich der Nachfrage, auf den die Geldpolitik mit Leitzinserhöhungen abzielen kann.

Eine Zerlegung der Inflationsrate in eher angebotsbestimmte und eher nachfragebestimmte Güter sowie eher handelbaren und eher nicht handelbaren Waren und Dienstleistungen zeigt, dass die Inflationsrate in Deutschland vor allem durch die angebotsbestimmten Güter getrieben wird. Das sind diejenigen Güter wie etwa Lebensmittel, deren Nachfrage wenig preiselastisch ist (Demary/Zdrzalek, 2022). Die Börsenpreise an den Terminmärkten zeigen hier besondere Anspannungen an. Besonders volatil ist der Getreidepreis, der auch auf Lieferschwierigkeiten aus der Ukraine reagiert, die wiederum durch den Angriffskrieg Russlands bedingt sind. Da Weizen in vielen Lebensmittelprodukten in Form von Stärke verwendet wird, kann ein solcher Schock sich auch im Bereich der Lebensmittel in die Breite auswirken. Ähnlich ist es mit den Preisen für Öle und Fette. Auch deren Preissteigerungen verbreitern den Preisanstieg bei anderen Lebensmitteln. Damit können die Preissteigerungen vor allem ärmere Haushalte treffen, bei denen Lebensmittel und Getränke einen vergleichsweise hohen Anteil an den Lebenshaltungskosten darstellen (Demary et al., 2021).

Zudem zeigt die Zerlegung der Preise in eher handelbare und eher nicht handelbare Güter, dass der Großteil des Inflationsanstiegs importiert wurde (Demary/Zdrzalek, 2022). Allerdings sollten die vergleichsweise geringeren Preisanstiege bei den nicht handelbaren Gütern nicht als gering interpretiert werden. Denn auch diese sind derzeit mit Preissteigerungsraten oberhalb des Inflationsziels von 2 Prozent treibend für die Lebenshaltungskosten.

Die EZB hat auf die gestiegenen Inflationsraten mit der Einleitung einer restriktiven Geldpolitik begonnen, die aber wie bereits angesprochen zurzeit lediglich eine Rückführung des Expansionsgrads darstellt. Ob diese Geldpolitik restriktiv genug ist, um den Inflationstrend zu unterbrechen, kann deshalb noch nicht abschließend geklärt werden, da sich die EZB erst am Beginn des Zinserhöhungszyklus befindet. Zudem braucht die Geldpolitik mehrere Monate Zeit, um auf die Inflationsrate zu wirken. Neben der zeitlichen Wirkungsverzögerung ist auch nur ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zinsensitiv. Gegen einen großen Teil der aktuellen Inflation ist die Geldpolitik deshalb machtlos. Denn gut die Hälfte des Warenkorb besteht aus eher von der Angebotsseite bestimmten Gütern, deren Preissteigerung auf gestiegene Energie- und Rohstoffpreise und unterbrochene Lieferketten zurückzuführen ist (Demary/Zdrzalek, 2022). Eine Einschränkung der Nachfrageseite durch höhere Zinsen wird sich aber am ehesten bei der Nachfrage nach Wohnraum, der Nachfrage nach Möbeln, anderen langlebigen Konsumgütern oder der Nachfrage nach Freizeit- und Kulturdienstleistungen zeigen. Der Anteil solcher Güter, die sowohl durch die Nachfrageseite bestimmt als auch nicht-handelbar sind, beläuft sich auf knapp 40 Prozent des Warenkorb (Demary/Zdrzalek, 2022).

Insgesamt hängt der Wirkungsgrad der Geldpolitik von den folgenden Faktoren ab (Demary/Zdrzalek, 2022):

- Die Geldpolitik hat über den Wechselkurs einen indirekten Effekt auf die Preise der handelbaren Güter. Durch eine Aufwertung des Euro würden sich die importierten Güter verbilligen. Allerdings wird dieser Hebel durch den Zinsunterschied zwischen dem Euroraum und anderen Volkswirtschaften, wie den USA, eingeschränkt. Der Zinsunterschied zwischen den USA und dem Euroraum ist momentan zu groß, um den Euro in naher Zukunft spürbar gegenüber dem US-Dollar aufwerten zu lassen.

- Mit einem Gewicht von 21 Prozent hat der Anstieg der Wohnungsmieten einen signifikanten Einfluss auf die Inflationsrate. Trotz gestiegener Mietpreise für die Neuvermietung reagiert der Mietpreisindex wegen des hohen Anteils an Bestandsmieten relativ träge, sodass hier kaum disinflationäre Effekte durch höhere Zinsen zu erwarten sind.
- Einen Hoffnungsschimmer stellt die Tatsache dar, dass Energiepreise in der Regel sehr volatil sind. Diese höhere Volatilität zeigt sich ebenso bei den von den Energiepreisen abhängigen Preisen für die angebotsbestimmten Güter und die handelbaren Güter (Demary/Zdrzalek, 2022). Somit kann die gesamte Inflationsrate bei einer Trendumkehr bei den angebotsbestimmten Gütern und den handelbaren Gütern signifikant sinken. Zwar dürften die Gas- und Strompreise nicht auf das Ausgangsniveau vor der Energiepreiskrise zurückgehen, aber möglicherweise auch nicht auf dem hohen Niveau vom Sommer 2022 bleiben.

Allzu viel Hoffnung, dass die Inflationsrate bald wieder in die Nähe von 2 Prozent, dem Inflationsziel der EZB, fallen könnte, besteht allerdings nicht (s. auch Grömling et al., 2022). Die eher trägen Inflationsraten der nachfragebestimmten Güter und der nicht-handelbaren Güter sind immer noch recht hoch. Trotzdem ist die restriktive Geldpolitik wichtig. Denn der EZB kommt die wichtige Rolle zu, die Inflationserwartungen zu stabilisieren, um eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Eine solche Dynamik würde die sehr persistenten Inflationsraten für nachfragebestimmte Güter für längere Zeit hochhalten. In den USA ist eine solche Lohn-Preis-Spirale schon seit Längerem in Gang. Seit August 2021 ist das Lohnwachstum dort von 3,9 Prozent auf aktuell 6,7 Prozent gestiegen. Die US-Notenbank Fed muss einen überhitzten Arbeitsmarkt mit höheren Zinsen abkühlen. Auch wenn die europäischen Arbeitsmärkte nicht überhitzt sind, ist die Verhinderung einer solchen Spirale auch im Euroraum relevant. Denn würden sich die Inflationsraten verfestigen, könnten sie nur durch das Einleiten einer Rezession durch die Geldpolitik wieder zurück zu ihren Zielwerten gebracht werden.

3 Rückgang im Seehandel signalisiert Konjunkturabkühlung

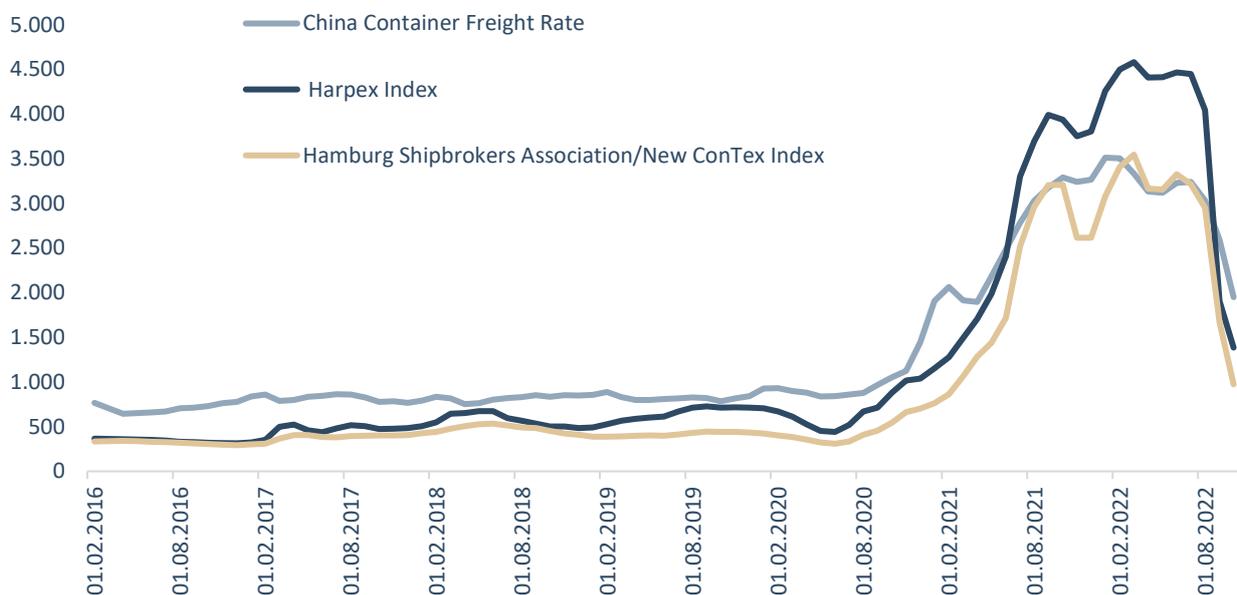
Während sich die Charraten von Öltankern seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine in etwa verdreifacht haben und aufgrund knapper Transportkapazitäten und steigender Nachfrage auch im Jahr 2023 hoch bleiben werden, sind die Frachtraten für Containertransporte auf den meisten Routen wieder auf dem Niveau von vor der Pandemie. Damit wurden die starken Verteuerungen im Gefolge der durch die Pandemie gestörten Logistiksysteme wieder korrigiert. Der Rückgang erfolgte abrupt – seit Anfang August 2022 gingen die Charraten um bis zu 75 Prozent zurück. Zusammen mit den ebenfalls rückläufigen Transportvolumina kann dies eine Abkühlung der Weltkonjunktur signalisieren.

Da die moderne Lieferlogistik eine Erfassung und Verfolgung der Warenströme in Echtzeit erfordert, liegen heutzutage zahlreiche Daten zum Güterverkehr vor. Diese haben sich auch als guter Indikator für den Konjunkturverlauf erwiesen. Ein Beispiel ist der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex des Statistischen Bundesamtes (Cox et al., 2018), der inzwischen wöchentlich veröffentlicht wird und als Frühindikator für die Entwicklung der Industrieproduktion in Deutschland etabliert ist. Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex stützt sich dabei auf ein Inlandskonzept. Für ein stark in internationale Lieferketten eingebundenes Land wie Deutschland lassen sich auch Implikationen aus der Entwicklung internationaler Güterverkehre ableiten. Eine wichtige Stellung nimmt dabei der Seeverkehr ein, über den die Masse des interkontinentalen Handels abgewickelt wird. Er steht in vielen Wertschöpfungsketten noch vor dem Lkw-Verkehr und reagiert daher früher auf konjunkturelle Veränderungen. Und hier mehren sich die Anzeichen für eine spürbare Reduktion des globalen Warenverkehrs in den kommenden Monaten.

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit der Containerschifffahrt, welche den größten Teil des globalen Warenverkehrs abwickelt. Aktuell weicht die Entwicklung in der Containerschifffahrt signifikant von der in den anderen Bereichen der Seeschifffahrt ab. So ist der Chartermarkt für Tanker seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine von einem starken Nachfrageüberhang gekennzeichnet. Der gängigste Index für die Charraten von Öltankern (Baltic Dirty Tanker Index) stieg im Jahr 2022 von 674 Punkten auf über 2.400 Punkte an und auch im Jahr 2023 wird mit einer weiteren Nachfrageerhöhung um etwa 10 Prozent gerechnet. Dem steht keine Erweiterung des Angebots gegenüber. Die fehlenden Transportkapazitäten werden für sich genommen dazu beitragen, dass die Preise für Mineralölprodukte im Jahr 2023 hoch bleiben werden.

Abbildung 3-1: Entwicklung der Frachtraten in der globalen Containerschifffahrt

Frachtraten in US-Dollar



Quellen: Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

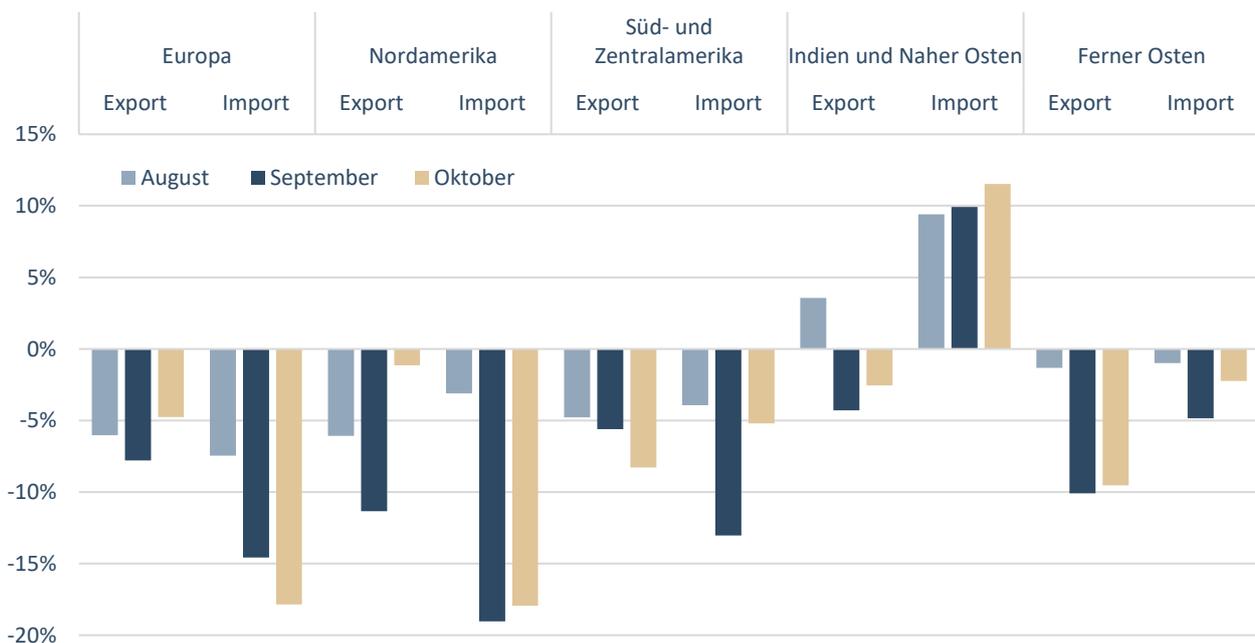
Der Containerverkehr hingegen war seit Beginn der Pandemie massiv gestört. Primär bedingt durch die Sperrung von Häfen in China konnten Fahrpläne nicht eingehalten werden und die Häfen waren nicht in der Lage die außerplanmäßig ankommenden Waren zeitnah umzuschlagen. Im Januar 2022 lag rund ein Siebtel der weltweiten Kapazität an Containerschiffen auf Reede vor Häfen und wartete auf die Erlaubnis zum Einlaufen (Sea-Intelligence, 2022a). Nur etwa 30 Prozent der Containerschiffe fuhren planmäßig. Das führte unter anderem dazu, dass die Lieferketten vieler deutscher Unternehmen deutlich gestört wurden. Besonders betroffen waren dabei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten (Puls/Schmitz, 2022). Abseits der Unzuverlässigkeit von Lieferungen bedeuteten die Staus vor den Häfen aber auch eine spürbare Verknappung des Angebots an Transportraum. Dies traf auf eine hohe Nachfrage, da viele Unternehmen versuchten, ihre Lager nach der Pandemie wieder aufzufüllen. Diese Gemengelage führte zu einer extremen Verteuerung von Containertransporten zur See, wie man in Abbildung 3-1 anhand verschiedener Frachtratenindizes ablesen kann. Besonders stark verteuerten sich die Containertransporte von Süd-Ost-Asien nach Europa. So kostete der Versand eines Standardcontainers von Shanghai nach Rotterdam zeitweise siebenmal so viel wie vor der Pandemie. Abbildung 3-1 zeigt ebenfalls deutlich, dass die Frachtraten seit Anfang des dritten Quartals 2022 einbrechen. Auf der Transpazifikroute und auf der Asien-Europa-Route konnten Mitte November 2022

wieder Transporte zu den Konditionen der Vor-Corona-Zeiten gebucht werden. Diese Entwicklung hatte mehrere Treiber, die wohl auch in nächster Zeit weiter preisdämpfend wirken werden. Zum einen wächst die Kapazität der Containerflotte deutlich. Viele Neubauten werden in naher Zukunft ausgeliefert. Die Schiffe in den Orderbüchern der Werften entsprechen etwa 30 Prozent der heutigen Gesamtflotte (DVZ, 2022). Zudem verringern sich die Staus vor den Häfen, was weitere Kapazitäten freisetzt. Die durch Staus gebundene Kapazität hat sich gegenüber Januar 2022 halbiert und wird wohl im ersten Quartal 2023 ihr Normalniveau von etwa 2 Prozent der Gesamtflotte wieder erreichen.

Der Abbau der Staus ist aber primär darauf zurückzuführen, dass die Nachfrage nach Transporten im dritten Quartal 2022 massiv zurückgegangen ist. Der Abwärtstrend begann in Europa im Februar 2022 und breitete sich dann sukzessive auf fast allen Weltregionen aus. Zudem hat sich der Nachfragerückgang zuletzt deutlich beschleunigt. Besonders die Anzahl der nach Europa und nach Nordamerika eingeführten Standardcontainer (TEU-Twenty foot Equivalent Unit) lag im Zeitraum August bis Oktober 2022 deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert, was im Fernen Osten einen Rückgang des Exportumschlags auslöste (Abbildung 3-2).

Abbildung 3-2: Rückgänge beim globalen Containerumschlag

Containerumschlag nach Regionen im Zeitraum August bis Oktober 2022 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: CTS; Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

Das ist insofern bemerkenswert, da das dritte Quartal eigentlich starke Importe aufweisen sollte, da zu dieser Zeit die Konsumgüter für die absatzstarken Monate des vierten Quartals transportiert werden. Logistikunternehmen melden zudem, dass die Nachfrage im ersten Halbjahr 2022 stark durch Transporte von industriellen Vorprodukten und Halbwaren getrieben war, aber auch diese Nachfrage ist zuletzt stark zurückgegangen. Das signalisieren auch die Einkaufsmanagerindizes. Die Rückgänge der Exporte aus Europa und Nordamerika fielen hingegen geringer aus. Es gibt aber Indikationen dafür, dass dies stark mit dem Transport von Leercontainern zu tun hatte. So schlug Europas wichtigster Hafen in Rotterdam in den ersten neun Monaten des

Jahres 2022 etwa 4,4 Prozent weniger Container um als im Vorjahr. Bezogen auf die Tonnage betrug dieser Rückgang aber 8,2 Prozent (Port of Rotterdam, 2022).

Auch an anderer Stelle lässt sich der Nachfragerückgang nach Containertransporten nachweisen. So haben die Reeder bereits im großen Umfang damit begonnen, Kapazitäten aus dem Markt zu nehmen, um die Preise zu stützen. Dies geschieht durch das sogenannte Blank Shipping. Dieser Begriff beschreibt die Ausdünnung der Linienfahrpläne durch die Streichung von Abfahrten. Ob dieses Vorgehen möglich ist, hängt allerdings von der jeweiligen Vertragsgestaltung ab, weshalb das Ausmaß des Blank Shipping je nach Route unterschiedlich ausfallen kann.

Besonders intensiv wurde die Stellplatzkapazität auf der Transatlantikroute gekürzt. Und das aus Sicht der Reeder durchaus mit Erfolg, denn die Charraten auf dieser Route sind bislang nicht zurückgegangen. Ganz anders ist das Bild auf der Asien-Europa-Route. Hier wurden wenige Abfahrten gestrichen, aber die Auslastung der Schiffe ist deutlich gesunken. Vor einem Jahr waren Schiffe auf der Asien-Europa-Route zu etwa 90 Prozent ausgelastet. Diese Quote ist im September 2022 auf unter 75 Prozent gefallen (Sea-Intelligence, 2022b). Bezüglich der Entwicklung des Blank Shipping ist zudem anzumerken, dass dieses sich im Oktober 2022 noch einmal deutlich vermehrt hat. Zwischen der 41. und 44. Kalenderwoche wurden allein auf der Transpazifikroute weitere 50 Abfahrten gestrichen (Sea-Intelligence, 2022c). Dies spricht dafür, dass sich die beobachteten Rückgänge im globalen Handel eher beschleunigen als abschwächen. Dies kann als eine Indikation für eine Abkühlung der Weltwirtschaft gesehen werden.

4 Eine schwache Weltkonjunktur

Die Lage und die Aussichten für die Weltkonjunktur haben sich aufgrund der geopolitischen Lage, der weltweiten Energieprobleme und der dadurch hohen Inflation deutlich eingetrübt. Vor allem eine nachlassende Konjunktur in China und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sorgte für eine Verlangsamung der globalen Wachstumsdynamik in 2022. Für das Wachstum der Weltwirtschaft wird für das Jahr 2022 ein Zuwachs in Höhe von 3 Prozent und für das Jahr 2023 von nur noch 2 Prozent erwartet. Der Welthandel wird 2022 noch ein Wachstum von 3 ¾ Prozent und im Jahr 2023 von 2 ½ Prozent aufweisen. Abwärtsrisiken bestehen darin, dass die Versorgungslage mit Gas und Energie auch im Winter 2023/2024 kritisch sein kann, wodurch weiterhin die Gefahr von Produktionsausfällen und Kaskadeneffekten in den globalen Wertschöpfungsketten besteht.

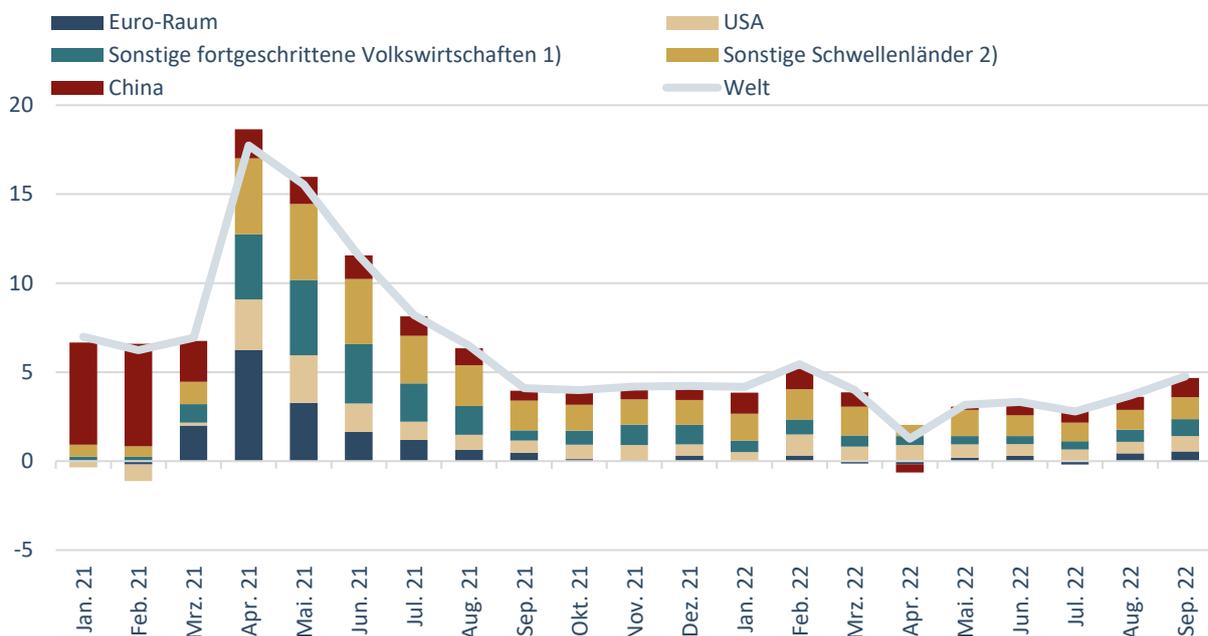
Die Expansion der **Weltwirtschaft** ist unter dem Einfluss hoher Energiekosten, bestehender Lieferengpässe und großer geopolitischer Unsicherheiten im Frühjahr 2022 zum Stillstand gekommen (Abbildung 4-1). So ist die Wachstumsrate der globalen Industrieproduktion von 5,4 Prozent im Februar 2022 infolge der russischen Invasion in der Ukraine deutlich auf 1,3 Prozent im April 2022 gesunken. Vor allem eine nachlassende Konjunktur in China und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sorgte für eine Verlangsamung der globalen Wachstumsdynamik. In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der ersten Jahreshälfte 2022 zwar noch positiv, verlangsamte sich jedoch deutlich gegenüber dem Vorjahr. Im April 2022 trug China erstmals negativ zur weltweiten Industrieproduktion bei, nachdem es Anfang 2021 noch für eine deutliche Wachstumsdynamik sorgte. Gleichwohl expandierte die Produktion in südostasiatischen Ländern. Auch in Lateinamerika legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu. Somit trugen die sonstigen Schwellenländer insgesamt positiv zur Wachstumsrate der Weltproduktion in der ersten

Jahreshälfte 2022 bei. Ab Juli 2022 ist wieder eine aufwärtsgerichtete Entwicklung zu erkennen. Die globale Industrieproduktion lag im September 2022 bereits wieder um 4,8 Prozent über dem Vorjahresmonat und damit über dem Niveau Anfang dieses Jahres.

Hohe wirtschaftliche Unsicherheit und ein schwaches außenwirtschaftliches Umfeld lassen in der kurzen Frist jedoch kaum Wachstumsimpulse bei den globalen Investitionen und Exporten erwarten. So zeigen die Stimmungsindikatoren für Unternehmen und das Konsumentenvertrauen weltweit eine Verschlechterung der Perspektiven an und deuten auf einen Rückgang der globalen Nachfrage hin. Die enormen Preissteigerungen für Energieträger stellen vor allem energieintensive Industrien in Europa vor große Herausforderungen. Hohe Produktionskosten belasten die Unternehmen und die Überwälzung höherer Preise auf die Verbraucher reduziert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Darüber hinaus verschlechtern die geldpolitischen Straffungen in vielen Währungsräumen die Finanzierungsbedingungen und dämpfen die private Nachfrage. Positiv fällt ins Gewicht, dass der Druck auf die globalen Lieferketten langsam zurückgeht (s. Abbildung 1-1). Die Frachtraten der Containerschiffe sind ebenfalls deutlich gefallen (s. Abbildung 3-1). Dadurch gehen die Lieferkettenstörungen sukzessive zurück. Ein beschleunigter energiekostengetriebener Strukturwandel in Europa stützt außerdem dort die Investitionsgüternachfrage.

Abbildung 4-1: Nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft

Wachstum der globalen Industrieproduktion gegenüber Vorjahr in Prozent sowie Beiträge der Länder und Regionen zum Wachstum der globalen Industrieproduktion in Prozentpunkten



1) Asiatische Industrieländer, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich (ohne Euroraum und USA). 2) Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, Indien, Russland und Türkei (ohne China).

Quellen: CPB; Institut der deutschen Wirtschaft

Es bestehen aber erhebliche **Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur**. Die Lage am europäischen Gasmarkt hat sich aufgrund ungewöhnlich milder Temperaturen im Oktober, vollgefüllter Speicher und einer sinkenden Nachfrage nach Flüssiggas zuletzt entspannt. Es wäre aber verfrüht, hier von einer generellen Entwarnung zu sprechen. So gelang die Befüllung der Speicherstände unter anderem noch durch die russischen

Gaslieferungen bis zu ihrem Ausfall im Sommer 2022. Diese Lieferungen fehlen mit hoher Wahrscheinlichkeit im kommenden Jahr und müssen durch entsprechende Flüssiggaslieferungen ausgeglichen werden. Somit ist davon auszugehen, dass die Versorgungslage auch im Winter 2023/2024 weiterhin kritisch sein wird und die Preise für Gaslieferungen deutlich über dem Vorkrisenniveau in Europa bleiben sollten. Die damit verbundene Gefahr von Produktionsausfällen und Kaskadeneffekten in den Wertschöpfungsketten betrifft vor allem die europäische Industrie. In den gasintensiven Industrien, zum Beispiel in der Metallindustrie, der Herstellung von Glas und Keramik oder in der chemischen Grundstoffindustrie, sind etwa in Deutschland bereits deutliche Produktionsrückgänge im zweiten Halbjahr 2022 zu verzeichnen.

Auch beim **Welthandel** ist eine Phase der Stagnation aufgrund der hohen geopolitischen Unsicherheiten und der Neuordnung der Handelsbeziehungen nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine zu erkennen. Allerdings ist der Welthandel im Jahr 2021 noch kräftig um über 10 Prozent gewachsen (Tabelle 4-1) und er lag im September 2022 immer noch mehr als 10 Prozent über dem Vorkrisenniveau Ende 2019. Allerdings befindet sich die Wachstumsrate des Welthandels seit Anfang des Jahres in einer Seitwärtsbewegung. Befürchtungen zu potenziellen Handelsabhängigkeiten und geopolitische Spannungen belasten den internationalen Handel. Die gewünschte Stärkung der Resilienz von Lieferketten und die Sicherung strategischer Autonomie kann durchaus zu weiteren protektionistischen Tendenzen führen.

Tabelle 4-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP und des realen Welthandels gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Euroraum	5,2	3 ½	¼
Frankreich	6,8	2 ½	½
Italien	6,6	3 ¾	½
UK	7,4	4 ¼	-½
USA	5,7	1 ¾	¾
China	8,1	3 ¼	4 ½
Japan	1,7	1 ¼	1
Weltwirtschaft	6,0	3	2
Welthandel¹⁾	10,1	3 ¾	2 ½

1) Preisbereinigt.

Quellen: CPB; IWF; Institut der deutschen Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund haben sich die Aussichten für die Weltkonjunktur weiter eingetrübt. Für die **Weltwirtschaft** wird für das Jahr 2022 ein Zuwachs in Höhe von 3 Prozent und für das Jahr 2023 von nur noch 2 Prozent erwartet. Der **Welthandel** wird 2022 noch ein Wachstum von 3 ¾ Prozent aufweisen und im Jahr 2023 preisbereinigt um 2 ½ Prozent zulegen.

Die **USA** befanden sich im ersten Halbjahr 2022 in einer technischen Rezession – das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP ging in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen jeweils gegenüber dem Vorquartal

zurück. Im dritten Quartal 2022 kehrte die Wachstumsdynamik zurück. Bei der Einschätzung der weiteren konjunkturellen Entwicklung in den USA gehen die Prognosen stark auseinander. Der Grund hierfür sind sehr unterschiedliche Signale der amerikanischen Wirtschaft. Einerseits gehen seit Anfang des Jahres 2022 die Lagerinvestitionen stark zurück. Andererseits haben der private Konsum und die Beschäftigung weiter zugenommen. Seit dem zweiten Quartal 2022 trägt auch die Außenhandelsbilanz positiv zum Wachstum bei. Vor allem der – trotz Leitzinserhöhungen der US-Notenbank Fed auf 3,75 bis 4 Prozent – sehr robust laufende Arbeitsmarkt spricht dafür, dass die bereits für sicher gehaltene Rezession im Jahr 2023 ausbleiben wird. Die Arbeitslosenrate ist zuletzt zwar leicht von 3,5 auf 3,7 Prozent angestiegen, liegt aber immer noch auf dem Niveau von vor Ausbruch der Corona-Pandemie (Ende 2019). Hinzu kommen weitere nachfrageseitige Impulse durch die vielfältigen expansiven Fiskalpakete, die Präsident Biden im Rahmen seiner Build Back Better Agenda implementiert hat. Diese trugen angesichts von angebotsseitigen Restriktionen jedoch wesentlich zu der hohen Inflation bei. Die restriktiven Maßnahmen der Fed scheinen aber zu wirken. Seit dem Sommer 2022 liegt die Inflationsrate bei rund 8 Prozent und sie ist im Oktober auf 7,7 Prozent gesunken. Das könnte dazu führen, dass die Fed bei zukünftigen Zinserhöhungen langsamer vorgeht. Für 2022 wird ein Wachstum der US-Wirtschaft von $1\frac{3}{4}$ Prozent und für Jahr 2023 aufgrund der Inflation und der restriktiveren Politik ein schwächeres Wachstum von $\frac{3}{4}$ Prozent erwartet.

In **China** bremsen die strikte Null-Covid-Politik und anhaltende Probleme im Immobiliensektor die gesamtwirtschaftliche Aktivität. So schrumpfte das reale BIP im zweiten Quartal 2022 deutlich um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im ersten Quartal noch um 1,6 Prozent gewachsen war. Der weiterhin schlecht laufende Immobilienmarkt und Energieknappheiten bei der Elektrizitätsproduktion bremsen die Binnenkonjunktur. Abwärtsrisiken ergeben sich durch die Zunahme des militärischen Drucks auf Taiwan, das eine große Rolle für die internationalen Lieferketten spielt. Chinas Exporte sanken im Oktober 2022 erstmalig seit vielen Jahren. Zwar konnte das BIP im dritten Quartal 2022 wieder um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen, die schwache globale Nachfrage und auch die wiederkehrenden Lockdowns belasten aber die Wachstumsdynamik im Land. Die chinesische Wirtschaft dürfte somit im Jahr 2022 nur noch um $3\frac{1}{4}$ Prozent und im nächsten Jahr um etwa $4\frac{1}{2}$ Prozent wachsen.

In **Japan** hat sich die Produktion in den Sommermonaten erholt und der Dienstleistungssektor wurde nicht zuletzt durch den wiederkehrenden Tourismus gestützt. Auch die private Konsumnachfrage hat im ersten Halbjahr 2022 noch positiv zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Allerdings liegt dort das größte Risiko. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise sowie ein schwacher Yen belasten auch in Japan zunehmend die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Die japanische Regierung hat vor Kurzem ein umgerechnet rund 270 Milliarden Euro umfassendes Paket angekündigt, um Haushalte bei den gestiegenen Energiekosten zu entlasten. Im dritten Quartal 2022 ist die Volkswirtschaft in Japan – unter anderem aufgrund eines schlecht laufenden Außenhandels – leicht um 0,3 Prozent geschrumpft. Nach Jahrzehnten deflationärer Tendenzen liegt die Inflation wieder bei etwa 3 Prozent, sie ist damit im internationalen Vergleich nur moderat angestiegen. Die Kerninflationsrate ist immer noch sehr niedrig, was die lockere Geldpolitik der Bank of Japan erklärt. Im April 2023 endet die Amtszeit des Notenbankchefs Kuroda, was zu einer Kurskorrektur führen könnte. Sollten steigende Preise die japanische Zentralbank zum raschen Kurswechsel zwingen, wären Markturbulenzen zu erwarten. Insgesamt wird eine gedämpfte Konjunktur in Japan mit einer Wachstumsrate von $1\frac{1}{4}$ Prozent im Jahr 2022 und von 1 Prozent in 2023 erwartet.

Im **Vereinigten Königreich** hat die Wachstumsdynamik bereits deutlich nachgelassen. So ist die britische Volkswirtschaft im Jahr 2021 noch um 7,4 Prozent gewachsen. Die Quartalsergebnisse waren auch im ersten

Halbjahr 2022 positiv, aber auf deutlich niedrigerem Niveau, im dritten Quartal 2022 ist die britische Volkswirtschaft bereits um 0,2 Prozent geschrumpft. Damit ist das Land der einzige G7-Mitgliedstaat, in dem die Wirtschaftsleistung immer noch nicht das Niveau von vor der Corona-Krise erreicht hat. Vor allem bei den Lagerinvestitionen war ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Die teils chaotischen politischen Zustände haben das Land stellenweise lahmgelegt. Das angekündigte Mini-Budget löste Finanzmarkturbulenzen aus, führte zum Rücktritt von Liz Truss und wurde von ihrem Nachfolger bereits wieder rückgängig gemacht. Die anhaltende politische Unsicherheit zusammen mit schlechteren Finanzierungsbedingungen schwächen das Vertrauen der Investoren und Verbraucher. Auch der Brexit wirkt nach wie vor durch verringerte Produktivität und schlechtere Handelsbedingungen. Die Bank of England erwartet eine Rezession bis Anfang 2024. Insgesamt geht die vorliegende Prognose aufgrund des hohen statistischen Überhangs aus 2021 von einem Wirtschaftswachstum von $4\frac{1}{4}$ Prozent im Jahr 2022 aus. Der private Konsum dürfte aber aufgrund der höchsten Inflationsraten seit 41 Jahren (11,1 Prozent im Oktober 2022) im Winterhalbjahr 2022/2023 weiter zurück gehen. Für 2023 wird eine deutliche Abkühlung erwartet und das reale BIP schrumpft um $\frac{1}{2}$ Prozent.

Die Wirtschaft im **Euroraum** hat sich im ersten Halbjahr 2022 besser entwickelt als erwartet. Die von der Rücknahme der Corona-Restriktionen ausgehenden positiven Impulse für die wirtschaftliche Aktivität und auch der Auftrieb bei der Investitionstätigkeit überwogen die Bremsfaktoren infolge der hohen Inflationsraten. Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verschlechtern aber den Ausblick (Grömling et al., 2022). Der Energiepreisschock wirkt in Europa aufgrund höherer Abhängigkeiten strukturell stärker als in den USA oder in China und gefährdet die Wettbewerbsposition von europäischen Unternehmen nachhaltig. Hinzu kommen die hohen Inflationsraten. So haben alle Länder in den 27 EU-Mitgliedsländern derzeit Inflationsraten von mehr als 5 Prozent. Eine dadurch zunehmend restriktive Geldpolitik zur Eindämmung der Inflation dämpft die Konsumnachfrage und belastet die Volkswirtschaften. Sie verschlechtert außerdem die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen. Dies führt zu einem symmetrischen Schock bei den privaten Investitionen und dem privaten Konsum. All dies bremst in vielen Ländern des Euroraums die gesamtwirtschaftliche Nachfrage empfindlich ab und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der Euroraum auf eine Stagnation zusteuert. Allerdings können die weiterhin robust laufenden Arbeitsmärkte, die umfangreichen Hilfsprogramme aus dem NextGenEU-Programm sowie nationale Entlastungspakete für eine Stabilisierung der Lage sorgen. Der wiederkehrende Tourismus hat in Ländern wie Griechenland oder Spanien das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 deutlich unterstützt. Für den Euroraum wird für 2022 ein Wachstum von $3\frac{1}{2}$ Prozent und für 2023 von $\frac{1}{4}$ Prozent erwartet. Die Wachstumsabschwächung resultiert in erster Linie aus den vielfältigen Bremseffekten der Energiekrise und der deshalb hohen Inflationsraten.

In **Frankreich** hat sich die Wirtschaft im zweiten und dritten Quartal 2022 gut entwickelt, nachdem sie im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal noch leicht geschrumpft ist. Staatliche Entlastungsmaßnahmen wie der „bouclier tarifaire“ konnten die Preisdynamik deutlich dämpfen. Frankreich hat mit etwa 6,2 Prozent eine vergleichsweise niedrige Inflationsrate im Euroraum. Die Regierung will ein weiteres 45 Milliarden Euro umfassendes Paket für nächstes Jahr zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise auf den Weg bringen. Dennoch bekommt die französische Wirtschaft auch die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine durch eine nachlassende globale Nachfrage zu spüren. Für Frankreich wird 2022 ein Wachstum von $2\frac{1}{2}$ Prozent und 2023 von $\frac{1}{2}$ Prozent prognostiziert.

Übertroffen wurde Frankreich in der Wachstumsdynamik nur von **Italien**. Dort entwickelte sich die Volkswirtschaft in den ersten drei Quartalen 2022 sehr positiv, gestützt vor allem durch eine dynamische private Investitionstätigkeit und den wiederkehrenden Tourismus. Staatliche Programme haben Investitionen in die

Energieeffizienz im Gebäudesektor gefördert. Die Arbeitslosenrate liegt seit Juli 2022 unter 8 Prozent. Das Land profitiert auch stark von Fördergeldern aus dem NextGenEU-Programm. Für 2022 wird ein sehr kräftiges Wirtschaftswachstum von 3 ¼ Prozent erwartet. Aufgrund nachlassender Investitionstätigkeit und der schwindenden Kaufkraft der privaten Haushalte resultiert ein deutlich schwächeres Wachstum im Jahr 2023 in Höhe von ½ Prozent.

5 Breite Schwäche der Inlandskonjunktur

Der deutschen Wirtschaft steht im Jahr 2023 kein Konjunkturreinbruch – vergleichbar mit jenen Abstürzen in der Finanzmarktkrise oder der Corona-Krise – bevor. Allerdings kommt es zu einer merklichen Rezession. Nach einem Zuwachs des realen BIP von deutlich über 1 ½ Prozent im Jahr 2022 wird die Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 um ¾ Prozent sinken. Kostenschocks und Preisanstiege setzen dem privaten Konsum deutlich zu. Die Investitionen gehen insgesamt zurück – den stark nachlassenden Bauinvestitionen stehen leicht zunehmende Ausrüstungsinvestitionen gegenüber. Der gesamte Außenhandel hält sich im Positiven.

Trotz der vieldiskutierten Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine (s. hierzu Bardt/Grömling, 2022) und den Produktionsstörungen in der deutschen Industrie aufgrund von historisch hohen Materialengpässen konnte die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal zulegen. Auf Basis des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP wurde im Zeitraum Juli bis September 2022 ein Plus gegenüber dem vorhergehenden Quartal in Höhe von 0,4 Prozent realisiert. Die stärksten Impulse kamen dabei von den privaten Konsumausgaben. Diese legten gegenüber dem Vorquartal in preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigter Rechnung um 1 Prozent zu. Damit konnte trotz der hohen Inflation das Konsumtempo über den gesamten Jahresverlauf 2022 hochgehalten werden. Von den Investitionen kamen ebenfalls leichte Konjunkturimpulse, wobei der kräftigen Erholung bei den Ausrüstungen und bei den Sonstigen Anlagen ebenso deutliche Rückgänge der Bauinvestitionen gegenüberstanden. Infolge des etwas stärkeren Importwachstums wirkte der Außenbeitrag leicht bremsend.

Die positive konjunkturelle Dynamik im dritten Quartal 2022 zeigt sich auf der Entstehungsseite mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den drei großen Wirtschaftsbereichen (Abbildung 5-1):

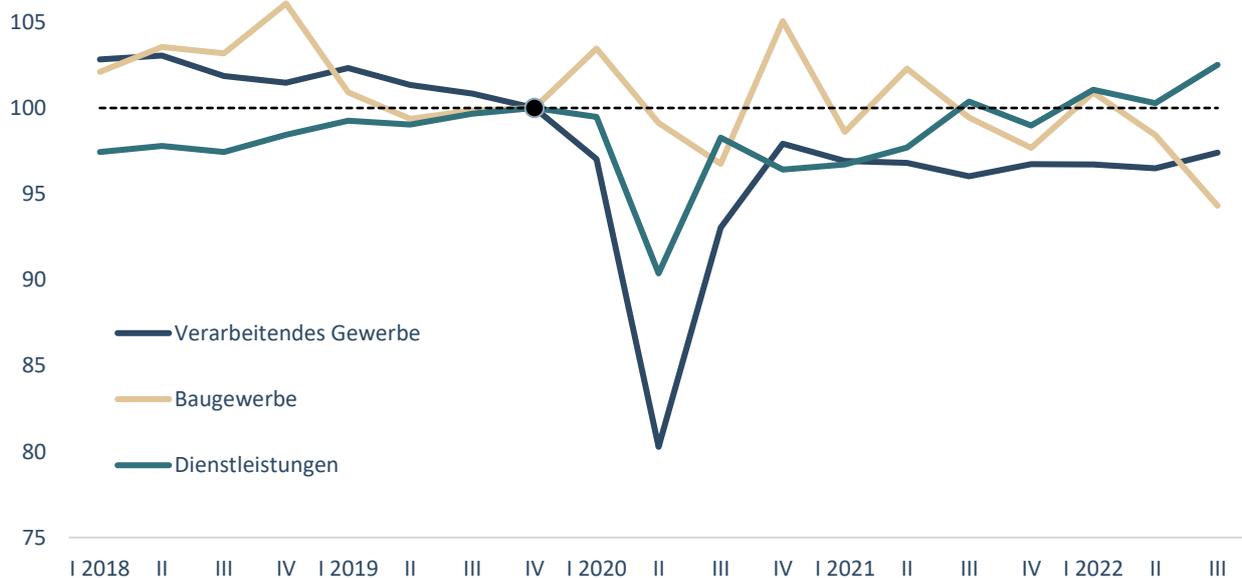
- Der **Dienstleistungssektor** konnte im zurückliegenden Quartal deutlich gegenüber dem Vorquartal zulegen. Insgesamt zeichnet dieser Wirtschaftsbereich mit Blick auf die vergangenen elf Quartale die mehrmaligen Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie nach. Kräftige Impulse kamen zuletzt aus dem Bereich Sonstige Dienstleister (z. B. Kunst, Erholung, Unterhaltung, persönliche Dienstleistungen), von den öffentlichen Dienstleistern (einschließlich Bildungs- und Gesundheitswirtschaft) sowie vom Handel/Gastgewerbe/Verkehr. Hier bestanden zum Teil deutliche Nachholbedarfe. Das deckt sich teilweise mit der Entwicklung beim privaten Konsum. Dagegen war die Wirtschaftsleistung bei den Unternehmensdienstleistern im dritten Quartal deutlich rückläufig.
- Die **Industrie** konnte ebenfalls gegenüber dem Vorquartal merklich zulegen. Hier kamen starke Impulse aus dem Bereich Kraftfahrzeuge und der Elektroindustrie. Dagegen war die Chemieproduktion stark rückläufig. Abbildung 5-1 weist trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung im dritten Quartal deutlich darauf hin, dass die Industrie seit Ende 2020 kaum von der Stelle kam und sich zum Produktionsniveau vor Ausbruch der Corona-Pandemie noch eine deutliche Lücke zeigt. Das gilt vor allem für die Automobilindustrie.

- Seit dem ersten Quartal 2022 ist die Wertschöpfung im **Baugewerbe** durchgehend rückläufig. Am aktuellen Rand hat sich die Baurezession in Deutschland verstärkt. Zum einen beeinträchtigen Produktionseinschränkungen durch fehlende Materialien und Fachkräfte die Branche. Zum anderen geht infolge der geldpolitischen Trendwende und der schlechteren Einkommensperspektiven die Baunachfrage zurück.

Die insgesamt erfreuliche Entwicklung im dritten Quartal 2022 wird sich im Prognosezeitraum nicht weiter fortsetzen. Gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom Spätherbst 2022 wird für alle drei Wirtschaftsbereiche im Jahr 2023 jeweils eine schwächere Produktion als im Vorjahr erwartet. Vor allem im Baugewerbe besteht ein sehr großer Pessimismus. Im ersten Kapitel der vorliegenden Konjunkturprognose wurden – neben den Argumenten, die für eine aktuelle Aufhellung der Konjunkturperspektiven sprechen – die anhaltenden Belastungsfaktoren für die deutsche Wirtschaft genannt. Hierzu zählen die hohen Energiepreise und die Verunsicherungen hinsichtlich einer umfassenden Energieversorgung in diesem und vor allem im kommenden Winter, die nach wie vor auf einem hohen Niveau gemeldeten Materialengpässe in Industrie und Bauwirtschaft sowie die Abkühlung der Weltwirtschaft. Diese Risiken und die insgesamt schlechten Konjunkturerwartungen der Unternehmen bestimmen auch die Nachfrageseite der Volkswirtschaft in nächster Zeit.

Abbildung 5-1: Entstehungsseite in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung; Index 4. Quartal 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Mit dem langen Blick auf die vergangenen zwei Dekaden wurde beim deutschen **Außenhandel** im dritten Quartal 2022 erstmals kein nennenswerter Überschuss erzielt. Die nominalen Exportwerte lagen nur noch geringfügig über den stark angestiegenen nominalen Importwerten. Dies liegt zum einen an den stark angestiegenen Importpreisen – vor allem für importierte Energiegüter. Zum anderen sind auch die realen Importe seit Jahresbeginn 2021 mit insgesamt über 11 Prozent gut doppelt so stark angestiegen wie die realen Exporte. Während die deutschen Exporte die sich insgesamt abkühlende Weltkonjunktur zu spüren bekamen, wurden die Importe durch höhere Vorleistungskäufe und besonders im dritten Quartal 2022 durch die Belebung beim Reiseverkehr (Dienstleistungsimport) angetrieben. Für das Schlussquartal 2022 wird von wieder

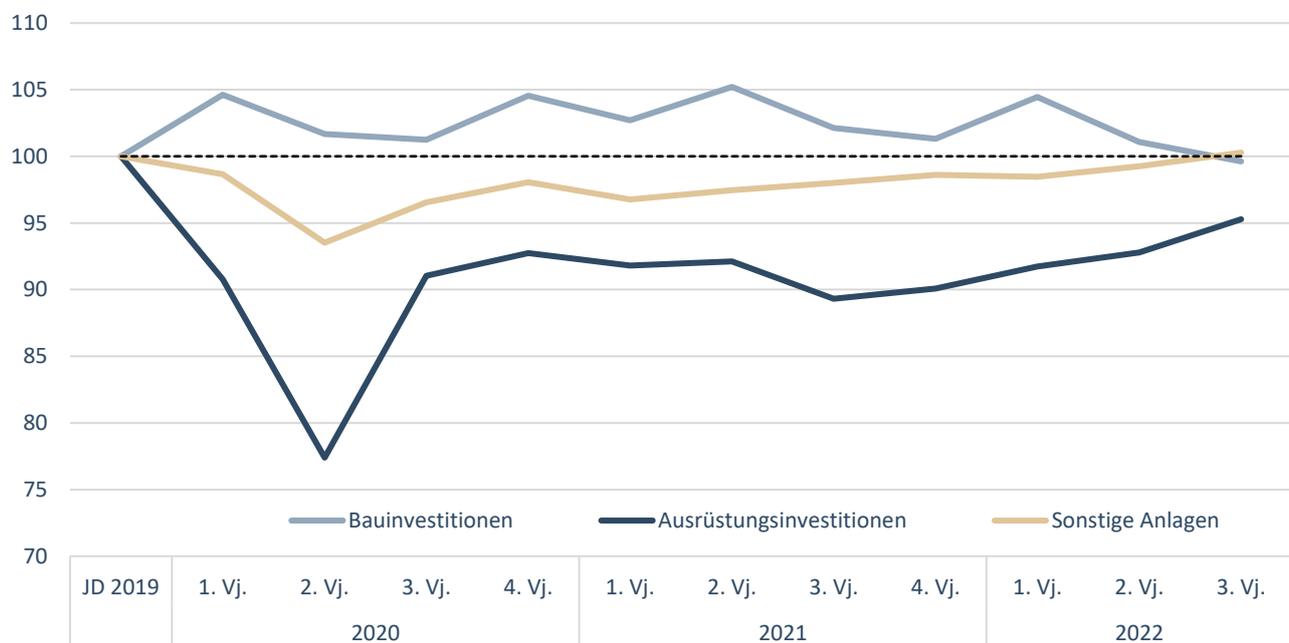
rückläufigen Importen und Exporten ausgegangen. Gleichwohl werden die preisbereinigten Importe Deutschlands im Gesamtjahr 2022 den Vorjahreswert um gut 6 Prozent übertreffen. Beim Export wird voraussichtlich ein Plus von 2 ½ Prozent realisiert. Für das kommende Jahr wird kein Einbruch beim deutschen Außenhandel erwartet, die Zuwächse fallen jahresdurchschnittlich jedoch deutlich niedriger aus. Dies reflektiert in erster Linie die nachlassende Dynamik im globalen Wirtschaftsleben. Bei den realen Exporten wird für 2023 ein Plus von 1 ½ Prozent prognostiziert. Bei den Importen dürfte sich der Anstieg auf rund 2 Prozent belaufen. Dies spiegelt auch die abnehmenden Lieferschwierigkeiten wider und damit normalisiert sich auch die Importtätigkeit Schritt für Schritt. Infolge der anhaltenden Verschlechterung der Terms of Trade wegen der weiterhin etwas stärker ansteigenden Importpreise geht der Leistungsbilanzüberschuss nochmals leicht auf rund 4 Prozent des BIP zurück.

Es wurde schon dargelegt, dass der **private Konsum** in Deutschland bis zuletzt zulegen konnte – und damit auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage angetrieben hat. Für die weitere Entwicklung wird jedoch davon ausgegangen, dass die hohen Kaufkraftverluste infolge der Inflation den Konsum deutlich einbremsen werden. Für die Konsumtätigkeit sind im Wesentlichen die realen verfügbaren Einkommen der Haushalte sowie die Aufteilung dieser Einkommen auf Konsum und Sparen relevant. Die nominalen Gesamteinkommen der privaten Haushalte werden ihrerseits bestimmt durch die Entwicklung der Arbeitseinkommen, der Vermögenseinkommen sowie der staatlichen Transfers (einschließlich der Steuereffekte). Ein Teil der inflationsbedingten Kaufkraftverluste wird im Prognosezeitraum durch den deutlichen Anstieg der Arbeitsentgelte ausgeglichen. Neben den Tarifierhöhungen kommen dabei auch (steuer- und abgabenfreie) Sonderzahlungen zum Tragen. Im Eingangskapitel wurden vielfältige fiskalpolitische Maßnahmen aufgezählt, die bereits im Jahr 2022 wirksam waren und die nominale Einkommensposition der privaten Haushalte deutlich verbessert haben. Darüber hinaus hat sich die Spartätigkeit wieder normalisiert. Während der Corona-Einschränkungen konnten vielfältige Konsumwünsche nicht realisiert werden. Infolgedessen wurden rund 200 Milliarden Euro in den Jahren 2020 und 2021 von den privaten Haushalten zusätzlich gespart. Zum Teil wurden diese Sparpolster schon im Jahr 2022 eingesetzt, um den Konsum zu bestreiten. Insgesamt dürfte vor diesem Hintergrund der preisbereinigte Konsum der privaten Haushalte im Jahr 2022 um fast 4 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen – allein in den ersten neun Monaten belief sich das Plus auf rund 5 ½ Prozent. In nominalen Werten beläuft sich das Plus auf über 12 Prozent. In diesem Vorjahresvergleich zeigt sich aber auch die schlechte Ausgangsbasis vom ersten Halbjahr 2021, das in hohem Maß von coronabedingten Einschränkungen geprägt war. Die anhaltend hohen Verbraucherpreise werden jedoch zunehmend zu einer Belastung für den Konsum. Zum einen entfallen die Nachholeffekte und die coronabedingten Sparpolster stehen nicht mehr zur Verfügung. Zum anderen erfasst die allgemeine Teuerung nicht nur Energiegüter, sondern auch weitere Teile des Konsums. Mit Blick auf die Daten für die ersten zehn Monate des Jahres 2022 entfiel weniger als die Hälfte der Inflationsrate in Höhe von 7,6 Prozent auf Energiegüter. Für das kommende Jahr wird insgesamt gesehen eine Inflationsrate in Deutschland von rund 7 Prozent – nach gut 8 Prozent im Jahr 2022 – erwartet. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn sich die Anstiege der Verbraucherpreise im Jahresverlauf deutlich zurückbilden. In der vorliegenden Konjunkturprognose wird davon ausgegangen, dass sich die Verbraucher in Anbetracht der Unsicherheiten und der faktisch hohen Preisanstiege in den ersten Monaten des kommenden Jahres merklich zurückhalten werden. Dies signalisiert auch das stark eingebrochene Konsumklima (s. Abbildung 1-3). Die realen Konsumausgaben werden im Jahresdurchschnitt 2023 das Vorjahresniveau um fast 1 ½ Prozent unterschreiten – nominal entspricht dies gleichwohl einem markanten Zuwachs von über 5 Prozent.

In Anbetracht der geoökonomischen Rahmenbedingungen bleiben die **Investitionen** in Deutschland schwach. Der Krieg in der Ukraine hat die Investitionstätigkeit, die sich nach dem Coroneinbruch immer noch im Erholungsmodus befindet, zusätzlich belastet (Bardt/Grömling, 2022). Anhaltende Zurückhaltung signalisiert auch die aktuelle IW-Konjunkturumfrage vom Spätherbst 2022 (s. hierzu Abbildung 1-2). Im Vergleich mit der Herbstumfrage 2021 hat sich der Anteil der Unternehmen mit höheren Investitionsausgaben von 48 auf 25 Prozent fast halbiert. Dagegen stieg der Anteil der Pessimisten gleichzeitig von 15 Prozent auf 35 Prozent an. Zudem wird die faktische Investitionstätigkeit von den weiterhin bestehenden, gleichwohl aber abnehmenden Lieferengpässen bei Investitionsgütern zurückgehalten. Mit Blick auf die einzelnen Investitionskategorien gab es im Jahresverlauf 2022 deutliche Unterschiede (Abbildung 5-2) und es wird sie auch weiterhin geben:

Abbildung 5-2: Investitionen in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen; Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

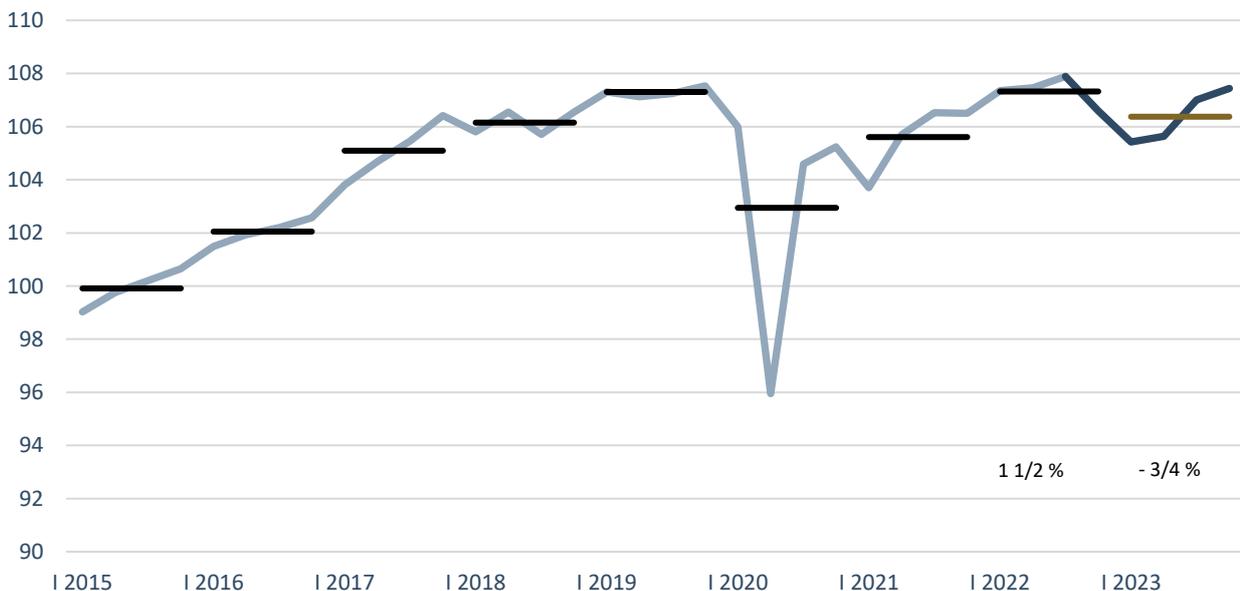
- Die **Ausrüstungsinvestitionen** lagen auch im dritten Quartal 2022 noch deutlich unter ihrem Vorkrisenniveau. Die infolge der Pandemie entstandene Investitionslücke (im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2019) konnte jedoch deutlich auf rund 5 Prozent verkleinert werden (Abbildung 5-2). Aufgrund dieser Erholung werden die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2022 ihr schwaches Vorjahresniveau um 2 ¼ Prozent übertreffen. Die hohen Verunsicherungen hinsichtlich der Produktionsmöglichkeiten im kommenden Jahr aufgrund der Material- und Energiesituation sowie die weltwirtschaftliche Schwäche belasten das Investitionsklima. Deshalb kommt die Investitionstätigkeit nicht weiter voran und die realen Ausrüstungsinvestitionen werden im kommenden Jahr nur um gut 1 Prozent zulegen. Die sich über vier Jahre hinziehende Investitionsschwäche in Deutschland wird anhaltend das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial in der laufenden Dekade beeinträchtigen.
- Die **Sonstigen Anlageinvestitionen**, zu denen etwa Forschungs- und Software-Ausgaben gehören, wurden weniger stark durch die Corona-Pandemie belastet und sie konnten zuletzt ihr Vorkrisenniveau vom Jahr 2019 wieder erreichen. Auch hier haben sich die globalen Lieferprobleme im IKT-Bereich bremsend

niedergeschlagen. Die fortschreitende Digitalisierung und die notwendigen Absicherungsinvestitionen der Unternehmen setzen hier anhaltende Investitionsanreize. Nach einem Zuwachs in Höhe von gut 1 ½ Prozent im Jahr 2022 werden die preisbereinigten Ausgaben für sonstige Anlagegüter im kommenden Jahr um 2 ½ Prozent expandieren.

- Zuletzt lagen die realen **Bauinvestitionen** in Deutschland noch auf dem Vorkrisenniveau. Allerdings waren im Jahresverlauf 2022 deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Zum einen zeigen sich hier die eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten infolge fehlender Fachkräfte und der Materialprobleme. Zum anderen verteuern die hohen Energiekosten und die mit den Knappheiten verbundenen Materialpreisanstiege die Bautätigkeit. Und nicht zuletzt leidet die Baunachfrage unter den höheren Fremdfinanzierungskosten und den schlechteren Einkommensperspektiven der privaten Haushalte. Die insgesamt gedämpfte Investitionsneigung der Unternehmen drückt auf den Wirtschaftsbau. Beim öffentlichen Bau begrenzen nominale Budgets die faktisch umsetzbaren Bauvorhaben, sodass auch hier kaum reale Impulse eintreten. Vor diesem Hintergrund befinden sich die Bauinvestitionen in einer anhaltenden Rezession. Nach der Stagnation im Jahr 2021 werden die realen Bauinvestitionen in diesem Jahr um fast 2 Prozent sinken. Im Jahr 2023 wird ein nochmaliger Rückgang in Höhe von fast 3 Prozent erwartet.

Abbildung 5-3: BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP;
Index 2015 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾ in Prozent



1) Nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt. Arbeitstageeffekte im Jahr 2022 von -0,1 Prozent und 2023 von -0,2 Prozent.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für das Jahr 2022 wird in Deutschland ein Zuwachs der **gesamtwirtschaftlichen Produktion** von deutlich über 1 ½ Prozent erwartet. Trotz des Kriegs in der Ukraine war bislang kein Rückgang des realen BIP eingetreten – die konjunkturelle Dynamik hat jedoch erheblich an Tempo verloren. Die Revision im Vergleich zur Prognose vom September 2022 (Bardt et al., 2022) resultiert aus der Fehleinschätzung für das dritte Quartal. Im Gegensatz zum faktischen Anstieg war hier bereits von einem Rückgang des BIP ausgegangen worden. Unter den aufgezeigten Erwartungen und Entwicklungen der einzelnen Nachfrageaggregate steht der deutschen Wirtschaft im Jahr 2023 kein Konjunkturerinbruch – vergleichbar mit jenen Abstürzen in der Finanzmarktkrise

oder der Corona-Krise – bevor. Allerdings kommt es nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft im Winterhalbjahr 2022/2023 zu einer merklichen Rezession (Abbildung 5-3). Dabei spielen die Kostenschocks und Preisanstiege eine wichtige Rolle. Aufgrund der für das zweite Halbjahr 2023 erwarteten Erholung wird das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2023 das Vorjahresniveau nur um $\frac{3}{4}$ Prozent unterschreiten. Es wird sich jedoch erst im Jahresverlauf 2023 erweisen, wie stark mögliche Beeinträchtigungen im Winterhalbjahr 2023/2024 ausfallen können. Dies hängt davon ab, wie umfangreich die Gas- und Energieversorgung im kommenden Jahr für den nächsten Winter aufgebaut und abgesichert werden kann. Darüber entscheidet sich dann auch die Funktionsfähigkeit der Zuliefer- und Produktionsprozesse im Inland. Dies stellt ein zentrales Konjunkturrisiko dar. Jedenfalls werden sich die Wohlstandsverluste, die bislang schon durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine entstanden sind, auch im kommenden Jahr fortschreiben. Nach IW-Schätzungen ergeben sich über die drei Jahre 2020 bis 2022 bereits Einbußen beim BIP in einer Größenordnung von weit mehr als 400 Milliarden Euro (Grömling, 2022). Hohe Staatsausgaben haben bislang diesen Verlusten entgegengewirkt. Eine anhaltende Wohlstandsbremse stellen die über die Jahre 2020 bis 2022 akkumulierten Ausfälle bei den Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 125 Milliarden Euro dar, da sie das Produktionspotenzial in der laufenden Dekade empfindlich und dauerhaft beeinträchtigen werden.

6 Arbeitsmarkt bleibt stabil

Das Jahr 2022 ist von einer kräftigen Erholung des Arbeitsmarktes gekennzeichnet, mit der die Folgen der Corona-Krise in wesentlichen Punkten egalisiert werden. Im nächsten Jahr werden die Auswirkungen der Energiekrise auch am Arbeitsmarkt sichtbar. Das Wachstum der Erwerbstätigkeit bremst ab. Die Arbeitslosigkeit steigt indes nur leicht, dafür sinkt die Arbeitszeit aufgrund eines Kalendereffekts deutlich.

Auf dem Arbeitsmarkt können die Effekte der Corona-Krise in diesem Jahr als weitgehend überwunden gelten. Die Erwerbstätigkeit nimmt kräftig zu und übertrifft den Vorkrisen-Höchststand aus dem Jahr 2019 deutlich. Als besonders dynamisch erweist sich dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr lag die Anzahl der Beschäftigten im August 2022 um 1,7 Prozent höher, gegenüber dem August 2019 ergibt sich sogar ein Zuwachs von 3,2 Prozent. Nicht erholt haben sich dagegen die ausschließlich geringfügige Beschäftigung und die Anzahl der Selbstständigen. Im Segment der geringfügigen Beschäftigung könnte die im Oktober 2022 auf 520 Euro angehobene Verdienstgrenze für eine Belebung sorgen. Dies dürfte sich aber frühestens im Jahr 2023 auswirken.

Die **Arbeitslosigkeit** geht im Jahr 2022 recht deutlich um fast 200.000 Personen auf gut 2,4 Millionen zurück (Tabelle 6-1). Die Tiefstände aus den Jahren 2018 und 2019 mit jeweils rund 2,3 Millionen werden vorerst zwar nicht wieder erreicht. Eine günstigere Entwicklung hätte die Arbeitslosigkeit aber genommen, wenn nicht ab Juni 2022 ukrainische Geflüchtete in den Rechtskreis SGB 2 übernommen worden wären. Dort werden sie als arbeitslos registriert, sofern sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Seit Mai 2022 ist die Anzahl Arbeitsloser mit ukrainischer Staatsangehörigkeit um gut 180.000 Personen angestiegen. Dies entspricht auch weitgehend dem Anstieg der Arbeitslosigkeit insgesamt in diesem Zeitraum. Mithin hätte es keinen Anstieg gegeben, wenn nur Personen ohne ukrainische Staatsangehörigkeit betrachtet würden. Die Anzahl der Arbeitslosen hätte dann das Niveau des Jahres 2019 wieder erreicht.

Im Jahr 2023 wird sich die konjunkturelle Abschwächung durch die Energiekrise sukzessive auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Ein Frühindikator für einen Rückgang der Arbeitskräftenach-

frage der Betriebe ist die Anzahl der neu gemeldeten offenen Stellen. Diese lag im November 2022 um 11 Prozent niedriger als im Vorjahr und damit ungefähr auf dem Niveau des Krisenjahres 2020. Hingegen liegt der Bestand der offenen Stellen nach wie vor über dem Niveau der Vorjahre. Dies kann darauf hindeuten, dass sich die Arbeitsnachfrage der Betriebe zwar abschwächt, sie aber auf ein unzureichendes oder nicht passendes Arbeitsangebot trifft. Die durchschnittliche Vakanzzeit stieg in der Folge deutlich an und lag im November 2022 mit 161 Tagen um 21 Prozent höher als der November-Wert im Vorkrisenjahr 2019.

Tabelle 6-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	2021	2022	2023	2022	2023
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	44.980	45.540	45.600	1 ¼	¼
Arbeitszeit (in Stunden)	1.340,2	1.342	1.332	¼	-¾
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	60,28	61,11	60,74	1 ½	-½
Reales BIP	–	–	–	1 ½	-¾
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	–	¼	-1
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	–	0	-¼
Erwerbslose (in 1.000)¹⁾	1.563	1.370	1.395	–	–
Erwerbslosenquote¹⁾	3,3	3	3	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	2.613	2.421	2.470	–	–
Arbeitslosenquote	5,7	5 ¼	5 ½	–	–

1) Nach ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Trotz des rückläufigen Inlandsprodukts wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2023 nicht sinken. Zum einen sind die Betriebe hinsichtlich des überschaubaren und demografisch bedingt tendenziell schrumpfenden Arbeitskräfteangebots darauf bedacht, ihre Fachkräfte langfristig zu sichern. Das schließt eine kurzfristige Anpassung des Personalbestands aus. Es kann allerdings erwartet werden, dass die Einstellungsbereitschaft zumindest im ersten Halbjahr 2023 schwach bleibt. Zum anderen ist von einer Belebung im zweiten Halbjahr auszugehen. Ein großer Teil der Anpassung erfolgt über die Arbeitszeit. Zwar dürfte der Krankenstand weiter zurückgehen und bei der Kurzarbeit ist keine Rückkehr zu den Niveaus der Vorjahre zu erwarten. Dafür dürfte sich ein Kalendereffekt deutlich auswirken: Im Jahr 2023 gibt es zwei Arbeitstage weniger als in diesem Jahr – ein Rückgang um 0,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird leicht zunehmen, wobei das Niveau mit weniger als 2 ½ Millionen Personen unterhalb des Jahres 2021 bleiben wird. Die Arbeitslosenquote steigt leicht auf 5,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2023 an. Dabei ist unterstellt, dass Geflüchtete aus der Ukraine auch im Jahr 2023 eine Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt spielen werden. Die sinkende Einstellungsbereitschaft der Betriebe kann analog zur Entwicklung des Jahres 2020 trotz der allgemein robusten Arbeitsmarktverfassung allerdings dazu führen, dass die Anzahl der Langzeitarbeitslosen nicht mehr zurückgeht oder sogar ansteigen wird, weil sich den Arbeitslosen im Bestand weniger Rückkehrmöglichkeiten eröffnen.

7 Steigende Finanzierungslasten für Sozialversicherungen

Im Jahr 2023 soll erstmals wieder die Schuldenbremse regulär greifen, nachdem die Verschuldungsgrenzen wegen der Corona-Pandemie und im laufenden Jahr zusätzlich auch wegen der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine drei Jahre ausgesetzt waren. Die Unsicherheit bleibt aufgrund der geopolitischen Lage und der grassierenden Inflation jedoch hoch. Die steigenden Sozialversicherungsausgaben ziehen im Jahr 2023 höhere Beitragssätze nach sich.

Im Jahr 2023 wird das Finanzierungsdefizit der staatlichen Ebenen in Deutschland voraussichtlich bei 58 Milliarden Euro liegen, nach 66 Milliarden Euro im laufenden Jahr (Tabelle 7-1). Gemessen am BIP entspricht dies im Jahr 2023 einem Finanzierungsdefizit von 1,4 Prozent. Dies stellt eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren dar, was jedoch nicht zuletzt in der starken Nutzung von Sondervermögen begründet ist. Seit Beginn des Jahres 2022 werden die Mittel von Sondervermögen bereits bei der Befüllung desselben verbucht, und nicht mehr erst dann, wenn die Mittel verausgabt werden. Hierdurch konnte der Finanzierungsdruck im Kernhaushalt des Bunds im Jahr 2023 deutlich reduziert werden. Die finanzpolitischen Folgen der Energiepreiskrise, wie etwa die Strom- und Gaspreisbremse, konzentrieren sich nun außerhalb des Kernhaushalts im Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der eigens hierfür mit 200 Milliarden Euro bestückt und somit reaktiviert wurde. Ähnliches gilt für den Klima- und Transformationsfonds, der seine Ausgaben außerhalb des Bundeshaushalts und der Schuldenbremse tätigen kann. Der Bundeshaushalt profitiert zudem von aufgelösten Mitteln der Flüchtlingsrücklage. Ferner ermöglicht die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch im Jahr 2023 eine Nettoneuverschuldung, die über die mögliche strukturelle Verschuldung von 0,35 Prozent des BIP hinausgeht. Der Bund plant dementsprechend mit einer Nettoneuverschuldung von rund 46 Milliarden Euro (Bundesregierung, 2022a). Die finanzpolitisch „goldenen Jahre“, denen sich die Finanzpolitik vor der Corona-Pandemie in den 2010er Jahren gegenüber sah, sind damit nach wie vor weit entfernt. Die öffentlichen Einnahmen steigen im Jahr 2023 zwar um rund 5 Prozent an, was nicht zuletzt durch die hohe Inflation getrieben ist. Die darüber hinausgehenden erwarteten positiven Einnahmeentwicklungen aus der jüngsten Steuerschätzung vom Oktober 2022 beziehen sich hingegen vornehmlich auf den Zeitraum ab 2024 (BMF, 2022). Das Wachstum der Ausgaben liegt voraussichtlich nur leicht unter der Einnahmeentwicklung. Ein wesentlicher Treiber der Ausgaben sind die stark ansteigenden Zinsbelastungen.

Im Jahr 2023 dürfte die Schuldenstandsquote wie auch im laufenden Jahr leicht unter 70 Prozent des BIP bleiben. Um in kommenden Krisen finanzpolitisch gewappnet zu sein, ergibt sich ein spürbarer Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte. Dies gilt vor allem aufgrund der Zinsentwicklung und den verstärkt einsetzenden finanzpolitischen Folgen des demografischen Wandels. Gelindert wird der Druck derweil durch die inflationsbedingt hohen Wachstumsraten des nominalen BIP, welche einen reduzierenden Effekt auf die Schuldenstandsquote ausüben (Grömling/Matthes, 2022).

Die Sozialausgaben des Staats steigen im Jahr 2022 insgesamt um 3,6 Prozent und im Jahr 2023 um 4,4 Prozent. Die Sozialversicherungen tragen einen erheblichen Teil dazu bei, dass die sozialen Leistungen des Staats im Jahr 2023 die Marke von 1 Billion Euro überschreiten werden. Auch wenn sich der Arbeitsmarkt bislang stabil zeigt, steht die Einnahmeentwicklung in den Sozialversicherungszweigen explizit unter dem Vorbehalt der weiteren Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung. Während Lohnsteigerungen bei konstanter Beschäftigung die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung günstig beeinflussen, können diese bei ungünstiger Beschäftigungsentwicklung gleichwohl stagnieren oder sogar sinken. Unabhängig davon zeichnet sich im Jahr

2022 ab, dass das Ausgabenwachstum für weiteren Anpassungsdruck bei den Beitragssätzen zur gesetzlichen Sozialversicherung sorgen wird. Die „Sozialgarantie“ kann deshalb im Jahr 2023 nicht mehr eingehalten werden, wenn der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte und der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung um 0,3 Prozentpunkte ansteigen werden. Die Summe aller Beitragssätze (ohne Kinderlosenzuschlag in der Sozialen Pflegeversicherung und ohne gesetzliche Unfallversicherung) klettert damit von rund 40 Prozent im Jahr 2022 auf 40,5 Prozent.

Tabelle 7-1: Staatskonto für Deutschland

	2021	2022	2023
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	1.712	1.802	1.894
Steuern	878	940	968
Sozialbeiträge	634	670	716
Ausgaben	1.846	1.868	1.952
Arbeitnehmerentgelt	294	305	315
Soziale Leistungen	941	974	1.017
Subventionen	112	53	51
Bruttoinvestitionen	93	109	110
Finanzierungssaldo	-134	-66	-58
	in Prozent des BIP		
Staatsquote¹⁾	51,7	48 ½	48 ½
Abgabenquote²⁾	42,0	41 ½	41 ½
Steuerquote³⁾	25,0	25	24 ½
Finanzierungssaldo	-3,8	-1 ¼	-1 ½

1) Staatsausgaben. 2) Steuern (einschließlich Steuerzahlungen an die EU) und Sozialbeiträge (ohne unterstellte Sozialbeiträge der Beamten). 3) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (einschließlich Steuerzahlungen an die EU).
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

Es ist zu befürchten, dass sich diese Entwicklung bei den Beitragssätzen zur Sozialversicherung fortsetzen wird. Dadurch entsteht ein zusätzliches Risiko für die Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland. Steigende Beitragssätze zur gesetzlichen Sozialversicherung erhöhen bei gegebenem Lohn- und Beschäftigungsniveau die Arbeitskosten der Unternehmen. Vor allem in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung geraten die Beitragssätze aufgrund überproportional stark steigender Ausgaben unter Anpassungsdruck. Auf der Einnahmeseite der Sozialversicherungen drohen zusätzliche Risiken, sollten in den kommenden Tarifabschlüssen verstärkt Einmalzahlungen verabredet werden, die nach derzeitigem Stand bis zu einer Höhe von 3.000 Euro pro Mitarbeiter steuer- und beitragsfrei ausgezahlt werden können.

Das im Jahr 2023 drohende Defizit der **Gesetzlichen Krankenversicherung** (GKV) von mindestens 17 Milliarden Euro soll zum einen durch Ausgabeneinsparungen geschlossen werden, die aber zum Teil erst mittelfristig Wirkung entfalten. Zur Stabilisierung der Einnahmeseite sollen die Krankenkassen ihre Rücklagen weiter abschmelzen; außerdem wird der Bundeszuschuss dauerhaft um 2 Milliarden Euro auf 16,5 Milliarden Euro angehoben (Bundesregierung, 2022b). Der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes kann dadurch im Jahr 2023 auf 0,3 Prozentpunkte begrenzt werden. Die Wachstumsdynamik der Leistungsausgaben lässt sich damit jedoch nicht durchbrechen. Setzt sich der seit zwei Jahrzehnten überproportional starke Anstieg der GKV-Ausgaben fort (Pimpertz, 2019), droht im Jahr 2024 ein neues Defizit.

In der **Sozialen Pflegeversicherung** (SPV) ist ein jährlicher Bundeszuschuss von 1 Milliarde Euro vorgesehen. Dieser wird kaum ausreichen, um den Ausgabenanstieg zu decken. Denn in den Jahren 2020 und 2021 sind die Ausgaben jeweils um rund 12 respektive 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen (BMG, 2022). Im Jahr 2023 müsste das Ausgabenwachstum wieder bis auf 4,4 Prozent gebremst werden, damit es mit dem prognostizierten Wachstum der beitragspflichtigen Einnahmen Schritt hält (Bundesamt für Soziale Sicherung, 2022). Ob das gelingen kann, scheint aber zweifelhaft, wenn der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ankündigt, die jährliche Zuweisung an den Pflegevorsorgefonds in Höhe von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2023 einmalig auszusetzen. Dauerhaft lässt sich der Beitragssatz auch damit nicht stabilisieren.

In der **Gesetzlichen Rentenversicherung** bleibt der Beitragssatz zwar kurzfristig konstant. Aber mit der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge steigt der Rentnerquotient in den kommenden Jahren kontinuierlich an (BMAS, 2022, Übersicht B 16). Je nach unterstellter Beschäftigungs- und Lohnvariante muss der Beitragssatz deshalb mittelfristig angehoben werden: im ungünstigen Szenario ab dem Jahr 2026 auf 19,4 Prozent, in der günstigen Variante zwei Jahre später auf 18,8 Prozent und im Jahr 2029 auf 19,7 Prozent (BMAS, 2022, Übersicht B 7).

8 Große und dringende Aufgaben für die Wirtschaftspolitik

Deutschland befindet sich in einer erneuten wirtschaftlichen Krise – ausgelöst durch die russische Invasion in der Ukraine. Wie schwer diese Krise ausfallen wird und wie lange sie dauern wird, hängt einerseits stark von den möglichen Gaseinsparungen der privaten Haushalte sowie den Ersatzkapazitäten für Gas und Strom ab. Andererseits sind die mittelfristigen Aussichten für wettbewerbsfähige Energiepreise maßgeblich. Auch wenn die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 im Vergleich mit der Finanzmarktkrise und der Corona-Krise nur moderat um $\frac{3}{4}$ Prozent schrumpft, sind die ökonomischen Einbußen durch den Krieg erheblich. Verglichen mit den Prognosen vor dem russischen Überfall auf die Ukraine wird das reale BIP in Deutschland Ende 2023 um fast 5 Prozent niedriger liegen. Die ohnehin mühsame, nicht gradlinige Erholungsphase nach der Corona-Krise ist damit unterbrochen. Die Volkswirtschaft als Ganzes ist mit einem gewaltigen Wohlstandsverlust konfrontiert (Grömling, 2022). Nur gezielt können deshalb Abfederungen geleistet werden.

Die Energiepreiskrise, die durch den Krieg ausgelöst wurde, stellt die Energieverbraucher vor massive Probleme. Dies gilt für private Haushalte, die mit starken Erhöhungen der Strom- und Gaspreise umgehen müssen. Für die produzierenden Unternehmen kommen hohe Energiepreise, Unsicherheiten hinsichtlich der Gasversorgung und drohende Nachfragerückgänge als Belastungsfaktoren zusammen. Die Politik steht damit vor einer Aufgabe, die an die ökonomische Krisenreaktionen während der Corona-Krise erinnert. Die aktuelle

Aufgabe weist allerdings zeitlich weit darüber hinaus, weil auf mehrere Jahre deutlich höhere Energiepreise und Standortnachteile zu erwarten sind.

Die **privaten Haushalte** werden in Deutschland durch eine Gas- und Strompreisbremse sowie zahlreiche Unterstützungsmassnahmen entlastet. Dabei ist darauf zu achten, dass die Anreize für Einsparungen von Gas und Energie insgesamt nicht verloren gehen. Mit der Gaspreisbremse bleiben zwar die finanziellen Einsparpotenziale durch einen geringeren Energieverbrauch hoch. Es steht aber zu befürchten, dass sich private Haushalte nicht ausreichend am höheren Preis des zusätzlichen Gasverbrauchs orientieren, sondern an den monatlichen Abschlagzahlungen, die durch die Gaspreisbremse in deutlich geringerem Umfang ansteigen. Wenn dann der Einsparbedarf nicht mehr gesehen und realisiert wird, dann müssen aufgrund der Versorgungslage die Gasmengen entsprechend in der Industrie reduziert werden – mit entsprechend höheren wirtschaftlichen Kosten.

Die entsprechenden **Entlastungsprogramme für die Industrie** sind in ihrer Umsetzung sehr viel komplexer und restriktiver geworden. Diskutiert werden besonders die Anspruchsvoraussetzungen, wie die Garantie zum Erhalt des Standorts und von 90 Prozent der Arbeitsplätze bis April 2025. Auch wenn die Bedingung der Standortsicherung angemessen ist, sind die Vorgaben zur Anzahl der Mitarbeiter in zwei Jahren sehr restriktiv. Sie schränken den Handlungsspielraum der Unternehmen ein und machen die Entlastung unattraktiver. Bei dem Design von Entlastungsprogrammen wie der Gaspreisbremse drohen bei Unternehmenskunden ungewollte Wirkungen. Der Weiterverkauf von bezogenem Gas wird explizit ermöglicht, um eine möglichst produktive Verwendung des knappen Rohstoffs zu ermöglichen. Doch ein Weiterverkauf im Fall einer Produktionsdrosselung nicht mehr benötigter Energiemengen ist mit eigenen bilanziellen Risiken (IFRS) verbunden und verspricht lediglich kurzfristige Erträge. Immerhin wird dadurch bei großen Unternehmen die These relativiert, dass der Verkaufserlös als Prämie für eine Produktionseinschränkung wirkt.

Des Weiteren grenzt das europäische Beihilferecht die Entlastungsmöglichkeiten bei den Unternehmen weiter ein und sorgt für zusätzliche Unsicherheit. Wenn zu Jahresbeginn 2023 höhere Gas- und Stromrechnungen die Produktion belasten, kann es zu verstärkten Produktionsstilllegungen kommen und erneute Rettungsprogramme können notwendig werden. Dabei gilt es zu verhindern, dass aufgrund der extrem hohen Energiepreise Unternehmen aus dem Markt ausscheiden müssen, die zukünftig wettbewerbsfähig agieren könnten. Die aktuelle Krise ist eben kein systematischer Allokationsprozess zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Unternehmen, sondern kann gerade die Stützen zukünftigen Wohlstands gefährden.

Die aktuelle Krise erfordert eine Neuaufstellung der **Konjunkturpolitik**. Nach einer Dekade expansiver Geldpolitik und konsolidierender Finanzpolitik muss die Geldpolitik sich restriktiv positionieren, um inflationären Tendenzen entgegenzuwirken. Gleichzeitig muss die Finanzpolitik expansiv agieren – nicht im Sinne einer keynesianischen Nachfragestimulierung, sondern zur Auflösung der angebotspolitischen Restriktionen, zur Reduktion untragbarer Belastungen und zur Verhinderung von Strukturbrüchen in der Industrie. Zusätzlich müssen die Voraussetzungen für die stärkere Nutzung der Kurzarbeit oder Infrastrukturen für Direktzahlungen an private Haushalte geschaffen werden, falls es zu überraschend hohen Nachfrageeinbrüchen im Verlauf der Krise kommen sollte.

Eine sorgfältige Vorbereitung seitens der **Energiepolitik** ist vor allem für den Winter 2023/2024 notwendig. Der Verlauf der nächsten Monate hat großen Einfluss auf den nächsten Winter. Das gilt besonders, wenn die Gasspeicher im Frühjahr 2023 weitgehend aufgebraucht sein werden und ein Auffüllen nicht im selben

Ausmaß möglich sein wird wie im ablaufenden Jahr. Sollte es infolge von Energieengpässen im zweiten Halbjahr 2023 zu einem konjunkturellen Rückschlag kommen, muss eine schnelle Reaktion möglich sein. Die Priorität muss sein, die Angebotsengpässe bei Gas und Strom durch angebotsseitige Maßnahmen zu verbessern. Der Ausbau der LNG-Infrastruktur, die Reaktivierung von Kohlekraftwerken und die temporäre Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke gehörten bisher dazu.

Eine große Herausforderung ist der Umgang mit den längerfristigen Konsequenzen der aktuellen Energiekrise. Zumindest die Gaspreise werden dauerhaft auf einem deutlich höheren Niveau liegen als vor dem Krieg. Dies gilt besonders dann, wenn die bestehenden europäischen Kapazitäten durch das Fracking-Verbot weiterhin nicht zu erschließen sind. Damit verschlechtern sich dauerhaft die **Standortbedingungen** und die Wettbewerbsfähigkeit gasintensiver Branchen. Gleichzeitig sind die zukünftigen Dekarbonisierungspfade noch unklarer geworden, da diese bisher auf relativ günstigem Gas als Brückentechnologie basierten. Selbst wenn dieser Rohstoff auf den Weltmärkten bezogen werden kann, haben sich die Preisrelationen deutlich verändert, was die ökonomische Machbarkeit der bisherigen Transformationsfaden verändern kann. Diese Unsicherheit muss zügig abgebaut und gegebenenfalls müssen alternative Entwicklungspfade und damit verbundene Energiequellen für die Übergangsphase entwickelt werden. Um kurzfristig die Investitionsbedingungen der Branchen mit den höchsten Transformationsherausforderungen zu sichern, ist eine schnelle Klärung der zukünftigen **Rahmenbedingungen der Transformation** inklusive der notwendigen Finanzierungsinstrumente notwendig. Anderweitig droht eine Verschiebung von dauerhaften Investitionen und Produktion ins Ausland, das günstigere Energiekosten aufweisen kann.

Im besten Fall können Strukturbrüche infolge der Energiepreiskrise vermieden werden. Um den Strukturwandel der nächsten Jahre zu bewältigen, muss mit einer auf Potenzialwachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik an den Investitionsbedingungen angesetzt werden. Dazu gehört der gesamte Kostenrahmen, der durch steigende Energiepreise, hohe Lohnstückkosten und hohe Unternehmenssteuern in den letzten Jahren im internationalen Vergleich schlechter geworden ist. Der Fachkräftemangel gefährdet einen traditionellen Standortvorteil. Dies kann nicht durch Umverteilung ausgeglichen werden, sondern durch Innovation, die Attraktion von internationalen Investitionen und die Stärkung der Fachkräftebasis durch Qualifikation, längere Arbeitszeiten und qualifizierte Zuwanderung.

Anhang

IW-Prognose für Deutschland 2022 und 2023

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	0,1	1 ¼	¼
Arbeitslosenquoten ¹⁾	5,7	5 ¼	5 ½
Arbeitsvolumen	1,7	1 ½	-½
Produktivität ²⁾	0,9	0	-¼
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1 ½	-¾
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,4	4 ¼	-1 ½
Konsumausgaben des Staates	3,8	1 ½	2
Anlageinvestitionen	1,2	-0	-1
- Ausrüstungen	3,5	2 ¼	1
- Sonstige Anlagen	1,0	1 ½	2 ½
- Bauten	0,0	-2	-3
Inlandsnachfrage	1,9	3 ¼	-¾
- Export	9,7	2 ½	1 ½
- Import	9,0	6	2
BIP	2,6	1 ½	-¾
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	3,1	8	7
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-3,8	-1 ¾	-1 ½

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Prognose Dezember 2022

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2022, Krieg in der Ukraine verschärft bestehende Investitionsschwäche, IW-Report, Nr. 44, Köln

Bardt, Hubertus et al., 2022, Konjunkturunbruch in Deutschland. IW-Konjunkturprognose Herbst 2022, IW-Report, Nr. 49, Köln

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2022a, Gesetz zur Rentenanpassung 2022 und zur Verbesserung von Leistungen für den Erwerbsminderungsrentenbestand, <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/erwerbsminderungsrenten-bestandsverbesserungsgesetz.html> [31.10.2022]

BMAS, 2022b, Rentenversicherungsbericht 2022, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Rente/rentenversicherungsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [1.12.2022]

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2022, Ergebnis der 163. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 25. bis 27. Oktober 2022 in Dessau- Roßlau, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuerschaetzung/2022-10-27-ergebnisse-163-sitzung-steuerschaetzung-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [23.11.2022]

BMG – Bundesministerium für Gesundheit, 2022, Finanzentwicklung der sozialen Pflegeversicherung, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegeversicherung-zahlen-und-fakten.html> [31.10.2022]

Bundesamt für Soziale Sicherung, 2022, Schätztableau des GKV-Schätzerkreises, Stand. 13.10.2022, https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Risikostrukturausgleich/Schaetzerkreis/20221013_Schaetztableau_2023.pdf [31.10.2022]

Bundesnetzagentur, 2022, Neuberechnung: Wie lange reichen die Speicher?, 20.10.2022, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/Hintergrund/221020_gas_szenarien_neu.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [1.12.2022]

Bundesregierung, 2022a, Unsere wirtschaftliche Stärke mobilisieren, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/lindner-bundeshaushalt-2023-2144364> [23.11.2022]

Bundesregierung, 2022b, Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Drucksache 20/3448 vom 19.9.2022, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/034/2003448.pdf> [31.10.2022]

Cox, Michael / Berghausen, Martin / Linz, Stefan / Fries, Claudia / Völker, Julia, 2018, Digitale Prozessdaten aus der Lkw-Mauterhebung – Neuer Baustein der Konjunkturstatistiken, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik, Nr. 6, S. 11–33

CTS – Container Trades Statistics, 2022, Free Reports, <https://www.containerstatistics.com/> [16.11.2022]

Demary, Markus / Zdrzalek, Jonas, 2022, Nur begrenzter Einfluss auf die Inflation, IW Kurzbericht, Nr. 89, Köln

Demary, Markus / Herforth, Anna-Lena / Zdrzalek, Jonas, 2022, The New Inflationary Environment: How Persistent are the Current Inflationary Dynamics and how is Monetary Policy Expected to Respond?, IW Report, Nr. 16, Köln

Demary, Markus / Kruse, Cornelius / Zdrzalek, Jonas, 2021, Welche Inflationsunterschiede bestehen in der Bevölkerung?, IW Report, Nr. 46, Köln

DVZ – Deutsche Verkehrszeitung, 2022, Schifffahrt steht vor Kapazitätsüberhang, 75 Jg., Nr. 42

Fry, Richard, 2021, Amid the pandemic, a rising share of older U.S. adults are now retired, <https://www.pew-research.org/fact-tank/2021/11/04/amid-the-pandemic-a-rising-share-of-older-u-s-adults-are-now-retired/> [15.11.2022]

Grömling, Michael, 2022, Ökonomische Verluste in Deutschland durch Pandemie und Krieg, IW-Kurzbericht, Nr. 91, Köln

Grömling, Michael / Matthes, Jürgen, 2022, Inflation ist kein wirksames Heilmittel gegen eine hohe Staatsschuldenquote, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 11, S. 881–884

Grömling, Michael / Koenen, Michelle / Kunath, Gero / Obst, Thomas / Parthie, Sandra, 2022, AIECE General Report Autumn 2022, IW-Report, Nr. 65, Köln

ifo Institut, 2022, Materialknappheit in der Industrie rückläufig, Pressemitteilung, 30.11.2022, München, <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-11-30/materialknappheit-in-der-industrie-ruecklaeufig> [30.11.2022]

KfW Research, 2022, KfW-Mittelstandspanel 2022. Der Mittelstand hat die Pandemie weitgehend verdaut, aber Ukraine-Krieg und Energiekrise verdüstern die Aussichten, Frankfurt am Main

Pimpertz, Jochen, 2019, Indikatoren zur GKV-Finanzentwicklung und ihre normativen Implikationen, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 1, S. 121–136

Port of Rotterdam, 2022, Umschlagszahlen im Q3 2022, <https://www.portofrotterdam.com/sites/default/files/2022-10/Umschlagzahlen-Rotterdam-Hafen-Q3-2022.pdf> [16.11.2022]

Puls, Thomas / Schmitz, Edgar, 2022, Wie stark beeinträchtigen Infrastrukturprobleme die Unternehmen in Deutschland?, IW-Trends, 49. Jg., Nr. 4, S. 3–21

Sea-Intelligence, 2022a, 50% of congestion has been resolved, Pressemitteilung, 4.10.2022, <https://www.sea-intelligence.com/press-room/167-50-of-congestion-has-been-resolved> [16.11.2022]

Sea-Intelligence, 2022b, Vessel utilisation remains low, Pressemitteilung, 20.10.2022, https://www.sea-intelligence.com/images/press_docs/ss586/20221020_-_Sea-Intelligence_Sunday_Spotlight_586_Press_Release.pdf [16.11.2022]

Sea-Intelligence, 2022c, Rapid ramp-up in Transpacific blank sailings, Pressemitteilung, 11.11.2022, https://www.sea-intelligence.com/images/press_docs/ss589/20221111_-_Sea-Intelligence_Sunday_Spotlight_589_Press_Release.pdf [16.11.2022]

Taylor, John B., 1993, Discretion versus policy rules in practice, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, 39. Jg., S. 195–214

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose.....	20
Tabelle 6-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung	29
Tabelle 7-1: Staatskonto für Deutschland	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Entspannung bei globalen Lieferketten.....	7
Abbildung 1-2: Erwartungen deutscher Unternehmen.....	9
Abbildung 1-3: Konsumklima in Deutschland.....	10
Abbildung 2-1: Gasverbrauch der deutschen Industrie	13
Abbildung 3-1: Entwicklung der Frachtraten in der globalen Containerschifffahrt	16
Abbildung 3-2: Rückgänge beim globalen Containerumschlag.....	17
Abbildung 4-1: Nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft.....	19
Abbildung 5-1: Entstehungsseite in Deutschland.....	24
Abbildung 5-2: Investitionen in Deutschland	26
Abbildung 5-3: BIP-Verlauf in Deutschland	27